Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 246 9.Septembär
Redaktionsschluss: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 704 352
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90





WARUM WIRD DER ID NICHT AUF UMWELTPAPIER GEDRUCKT?

FRANKFURT
September 78

Solche und ähnliche Anfragen treffen ab und zu bei uns ein; deswegen hier ein Kommentar aus der Druckerei:

"Prinzipiell sind wir natürlich dafür, Material zu verwenden, das die Umwelt nur gerinfügig belastet. Im Großformat erweist sich das Umweltpaier jedoch vorwiegend als drucker- und buchbinderfeindlich (der Rohbogen vom ID mißt 61 x 86 cm). Großformatige Papiere brauchen eine gewisse Stabilität, um auf Hochgeschwindigkeit (8000 Drucke pro Stunde) gedruckt werden zu können. Umweltpapier erfüllt solche Ansprüche nicht, da es schlecht geleimt ist, keine Laufrichtung (das Papier ist fast strukturlos, da die Teile, aus denen es hergestellt ist, so klein gemahlen werden müssen) hat und zudem noch ziemlich staubt. In der Weiterverarbeitung gibt es ähnliche Probleme, weil das Papier zu schlapp ist und 'schlecht läuft'. Man darf sich vom fertigen Produkt nicht täuschen lassen, weil das durch Knicke und kleineres Format stabiler wirkt. Im kleineren Format, d.h. bis DIN A 2, können und wollen wir das Papier verdrucken; die hohe Staubbelastung von Maschinenlagern ist aber auch hier verschleißfördernd. Im A 2-Format wird's erst bei paßgenauen Mehrfarbdrucken problematisch."

VIERTES JUGENDZENTRUMSTREFFEN VOM 15. – 17. SEPTEMBER

SAARBRÜCKEN
6. September

Das vierte Treffen regionaler Zusammenschlüsse von Jugendzentren und Jugendzentrumsinitiativen findet vom 15. – 17. September in Saarbrücken statt. Themen sind: Die Kommunalisierung der Jugendarbeit, das heißt Einschränkung der Selbstverwaltung durch städtische Trägerschaften; Erweiterung der Jugendzentrumsarbeit; der Jugendhilfetag 1978.

Kontakt: **Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung, Feldmannstr. 92, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681/ 53080.**

ALTERNATIVE ÖKONOMEN NACH HAMBURG

HAMBURG
3. SEPTEMBER

Wer sich praktisch oder theoretisch mit alternativer Ökonomie beschäftigt, wer also zum Beispiel in einem selbstverwalteten Kleinbetrieb arbeitet oder wer gerade damit anfängt, einen solchen zu gründen, der ist vom sozialistischen Büro in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober 1978 nach Hamburg eingeladen. Zum Austausch von Erfahrungen und Ideen. Schlafsäcke mitbringen.

Kontakt: Alter Öko im SB, Altonaer Str. 28, 2 Hamburg 6, Tel.: 040 / 43 32 89

KURDISCHE FLÜCHTLINGE AUFGENOMMEN

HAMBURG,
7. September

Wie die Gesellschaft für bedrohte Völker uns mitteilt, hat die Bundesregierung 84 irakisch-kurdische Flüchtlinge aus dem Iran aufgenommen. Es wird jedoch gefordert, daß mindestens 300 kurdischen Flüchtlingen politisches Asyl gewährt wird.

Kontakt: Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2000 Hamburg 13

ID ENTSPRICHT NICHT DEN QUALITATIVEN ANSPRÜCHEN VON SCHÜLERN UND LEHRERN

SOEST
6. Sept.

Nachfolgenden Bericht erhielten wir von einem Schüler:

Ich möchte euch mitteilen, daß wir (ihr) es geschafft haben. – Ihr seid im Untergrund! – Unser Direktor berief sich auf seine demokratischen Rechte und verbot den ID, zusätzlich will er das Zeitungsangebot weiterhin kontrollieren und gegebenfalls zensieren. Seine Gründe für das ID-Verbot:
– Der Inhalt des ID ist nicht vereinbar mit seinem Beamtenstatus (angebliche Verfassungsfeindlichkeit, Polizisten werden als Bullen bezeichnet).
– Der ID entspricht nicht den qualitativen Ansprüchen der Schüler und Lehrer (nett, daß er das entscheidet).
– Der Aufenthaltsraum soll kein Informationszentrum sein (Kartenspielen darf mensch noch).
USW. Aber der absolute Hammer ist, daß (!) SMV-Vertrauenslehrer meinte, daß der ID anarchistische Inhalte verbreiten würde, und mensch weiß ja, was die wollen. Falls ähnliche Fälle an anderen Schulen vorgekommen sind, schreibt an: **SMV (Schüler-Mitverwaltung) Archigymnasium Soest, Niederbergheimerstr., 4770 Soest.**

INFORMATIONEN ÜBER ‚FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE' TODESSCHÜTZEN GESUCHT

FRANKFURT
7. September

Da in der BRD die Praktizierung von „legitimierten Todesschützen" immer grössere Ausmaße annimmt, ist es notwendig in Form einer Dokumentation (angefangen beim Mord an Benno Ohnesorg) die real praktizierten Polizeistaatmethoden darzustellen.

Benötigte Informationen für die Dokumentation:

a. Presseberichte über Personen, die direkt durch Polizeieinsätze gestorben sind.
b. Listen von nicht aufgeklärten Todesfällen in Verbindung mit Polizeieinsätzen.
c. Informationen von Betroffenen (Familienangehörige usw.)

Sämtliche Informationen, z.B. auch über Fälle von schwerer Körperverletzung durch Verwendung von Chemical Mace usw. an: **Heinz Verst, Haus Damberg, 5760 Arnsberg 2.**

HÖREN SIE DOCH EINFACH AUF ...

HANNOVER
SEPTEMBER 78

Nachdem die Staatsschützer schon im Juni dieses Jahres zwei Buchhandlungen in Hannover, die Internationalismus-Buchhandlung und „Arbeiterbuch" heimgesucht hatten, um die beiden Berliner Blättchen Info-BUG und BUG-Info zu beschlagnahmen – unternahmen sie jetzt einen neuen Versuch. Am 23. August standen sie wieder in den Verkaufsräumen obiger Buchläden. Hatten sie im Juni noch einen Durchsuchungsbeschluß des Kammergerichts vorzuweisen, so hielten sie diesmal nur eine simple Kopie eines Fernschreibens in den Händen. In einem der Läden suchten sie die Nr. 1031, im anderen Nr. 1026 einer der besagten Zeitungen. Gefunden haben sie keine davon und sammelten dann einige ältere Ausgaben ein.

Die Buchladen-Leute forderten telefonisch bei den Sicherheitsbeamten einen Durchsuchungsbefehl an, um ihrerseits etwas dafür zu tun, daß das Gesetz eingehalten wird. Sie wurden auf die „Nichtnotwendigkeit" eines solchen Papiers hingewiesen und außerdem tönte aus dem Telefon: „Hören Sie doch einfach damit auf, das Info-BUG zu vertreiben, dann ersparen Sie sich den ganzen Ärger!"

SCHWULER LITERARISCHER WORKSHOP

WESTBERLIN
6. September

hört ihr lieben
denker-, dichter- und fühler-INNEN
laßt euch zwitschern
die berliner salondamen
fliegen
vom 18. - 21. November 78
auf die kronen der schwulen puzzel-bäume
und laden euch
ihr süßen
aus bundesweiten landen
mit großem flügelschlag
herzlich
dazu ein

Wir möchten uns um unsere und eure texte räkeln, sie lesen und besprechen, schwule perspektiven locken.

Schwuler Literarischer Salon:
c/o Ulrike Ullrich-Enderwitz, Dieffenbachstr. 18, 1000 Berlin 61, Tel.: 030-691 64 19 oder
Jens Hass/Jutta Hertie, Graefestr. 18, 1000 Berlin 61, Tel.: 030-691 18 33 oder
Bernd Gaiser, Moselstr. 1, 1000 Berlin 41, Tel.: 030-851 4381 (nach 20.00 Uhr)

BULLE-TIN NUMMER ZWEI

WERL
SEPTEMBER 78

The Dissenters Incorporated beehrt sich mitzuteilen:

1.) Am 23. August 1978 feierte die Sektion Budapest den 10. Jahrestag des Parteiausschlusses ihres Vorsitzenden György Dalos. 1968 als „Linksabweichler" zu Lagerhaft verurteilt, seither drei Bücher abgelehnt, hatte er am 8. Mai (!) 1978 nach langem Schweigen seine erste öffentliche Lesung („Mein Kölner Konzert"). Wir gratulieren.

2.) Unter dem Aktenzeichen 2 P Js 1450/77 ermittelt die Westberliner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Viktor Weber (interessierten Kreisen als „VW" bekannt), gegen P. P. Zahl und andere wegen des Verdachts der üblen Nachrede, §§ 185, 186 StGB in zwei Fällen. Das Verfahren richtet sich gegen das im Rotbuch-Verlag erschienene Buch „Alle Türen offen", „das auf Seite 53 ff. in zwei Auflagen das von Ihnen verfaßte Gedicht ‚im knast krepiert' veröffentlichte".

Die Ermittlungen dauern an. Bislang bestätigten sie jeden einzelnen im Gedicht erwähnten Vorwurf.

3.) Der ‚Sounds'-Verlag, Hamburg, teilte mit, daß gegen sein Heft 7/78, Juli 1978, wegen des von PP. Zahl verfaßten Beitrags „Body & Soul – Rock & Lyrik" wegen Verbreitung jugendgefährdender Schriften" ermittelt wird. Die Diss.Inc., Sektion Werl, findet diesen Vorwurf sehr apart, befürchtet jedoch, daß auch dieses Verfahren, wie auch das unter 2.) genannte, eingestellt wird.

Die Diss. Inc. stellt eine erfreuliche Steigerung der Lesefähigkeit der herrschenden Klassen in Ost und West fest; die Literaturkritik ist dabei, jene Höhe zu erreichen, wie sie nach dem Wiener Kongreß (vgl. Metternich/Karlsbader Beschlüsse) anzutreffen war.

Die Dissenters Inc. wird nicht umhinkommen, zu expandieren; der Druck von Mitgliedsausweisen, die Prägung von Anstecknadeln sowie Aufträge an Stickereien für Wimpel und Banner werden erwogen.

Sektion Werl, 1. September 1978, gez. P. P. Zahl

NEUER ELAN IM BESETZTEN HAUS

HANNOVER
6. September

Wir schreiben jetzt anfang September und der Herbst zieht langsam ins Land. Der Bauer erntet seine Felder ab und das Obst wird auch langsam reif. Es ist jetzt genau 6 Monate her, seitdem das alte Fachwerkhaus in der Heisenstraße von einigen Leuten besetzt wurde. Von den ehemaligen Besetzern hat nur einer den regnerischen Sommer hier im Haus überstanden, dafür sind aber laufend neue Leute ins Haus gekommen, die aber alle nur kurz blieben. Es war ein ständiges Kommen und Gehen von allen möglichen Leuten. Die einen betrachteten das Haus einfach nur als sleep-in, die anderen sahen es als eine Art Jugendzentrum, Freiraum also wo nur konsumiert wird, und die wenigsten fühlten Verantwortung dem Haus und der Nordstadtinitiative gegenüber. Dementsprechend lief es also auch ab: das Haus wurde immer mehr zur Müllkippe, die Nachbarn wurden verärgert und nächtelange Feten tobten durch das alte Gemäuer. Irgendwann waren dann wieder ein paar Aktive da, die dann ein wenig Ordnung in die Besetzung brachten, die aber nicht sehr lange währte. Irgendwann, bei dem einen länger und dem anderen kürzer, wuchs den aktiven Besetzern die Situation über den Kopf, so daß diese dann das Haus völlig entnervt verließen. Die Situation sah meistens so aus, daß sich ca. 15 Leute (die Zahl schwankt natürlich von Zeit zu Zeit) ständig im Haus aufhielten, und davon 5 Leute aktiv waren. Die anderen zogen tagaus, tagein ihre Orgien durch. Irgendwann wirds einem dann zuviel, mensch kriegts an den Nerven, und verläßt, als einzige Konsequenz, das Haus.

So konnte es auch geschehen, daß uns vom E-Werk der Stromanschluß genommen wurde, darauf folgend das Gas und vor 1 1/2 Monaten schließlich auch der Wasseranschluß. (Wasser kriegen wir jetzt von Nachbarn). Ruhestörungen kamen auch sehr häufig vor, die soweit gingen, daß ein paarmal die Polizei, die nur darauf wartet die Besetzung zu räumen, vor der Haustür stand.

Trotz allem wurde erreicht, daß das Haus (noch) nicht abgerissen wurde und durch die Öffentlichkeitsbekanntmachung sich die Behörde dazu gezwungen sah eine unserer Forderungen zu erfüllen und das Haus unter Denkmalschutz zu stellen. Das Haus wurde um 1850 erbaut und ist heute hier in Hannover eins der wenigen Fachwerkhäuser aus vergangenen Bauepochen. Die Stadt und der Besitzer haben vor, das Haus im Rahmen einer sogenannten Nordstadt-„Sanierung" abzureißen.

Seit Mitte August wird hier wieder eine ernsthafte Arbeit betrieben. Wir haben Konsequenzen gezogen aus der Vergangenheit der Besetzung. Es wurde ein generelles Hausverbot für alle die ausgesprochen, die Tag für Tag ununterbrochen auf Droge oder Medikamenten sind, z.B.: Alkohol, Dope usw. Diese Leute, und das hat uns die Erfahrung gelehrt, sind für uns als ernsthafte Hausbesetzer nicht tragbar, da diese eh nur den ganzen Tag unzurechnungsfähig irgendwo in der Ecke rumliegen und vor sich hinlallen. (Hört sich vielleicht hart an, aber wir sind nicht dazu in der Lage, sowas wie ne Therapiegruppe hier aufzumachen) Mensch kann bis zu drei Nächten bei uns übernachten, möglichst mit Beteiligung an anfallenden Arbeiten und Lebensmittelbeteiligung. Wer länger bleiben will darüber entscheidet das Plenum.

Wir sind dabei, das Haus außen und innen zu renovieren und winterfest zu machen. Die Räume wurden in bewohnbaren Zustand versetzt. (Die Gemütlichkeit zieht wieder ein). Die Fassade wird gereinigt und mit einem Schutzanstrich versehen, aus dem tristen Hinterhof machen wir einen Garten, ein öffentlicher Kommunikationsraum, wo mensch sich zu einem gemütlichen Plausch bei Kaffee oder Tee treffen kann, wird auch in Kürze eröffnet. Die Einrichtung von sanitären Anlagen, wie WC und Bad steht auch bevor. Wir brauchen unbedingt alle möglichen Materialien, wie z.B. Farbe, Werkzeug, Haushaltsgeräte usw. Auf Spenden sind wir ganz dringend angewiesen!

Wer sich weiter informieren will, schaue doch mal bei uns rein, unser Informationsdienst steht jedem jederzeit zur Verfügung. Außerdem findet hier im Haus jeden Samstag um 18.oo Uhr ein öffentliches Plenum statt, zu dem jeder herzlich eingeladen ist. Helft uns den Abriß zu verhindern und das Haus zu erhalten! Kein Abriß von billigem Wohnraum! Hier nicht, dort nicht und auch nicht anderswo! (Siehe auch ID 228)

Kontakt: **„Rettet die Nordstadt", Heisenstr. 31, 3000 Hannover 1.**

BESETZTES HAUS GERÄUMT

FREIBURG
7. SEPTEMBER

Auszüge aus einem Bericht der Hausbesetzer in der Freiburger Stadtzeitung:

„Am 23. August um 5 Uhr hatten wir das Haus besetzt, nachdem es fast ein Jahr lang leerstand, und wir erfahren hatten, daß es zum großen Teil abgerissen werden soll. Wir haben die „36" besetzt:
— weil viele von uns keine Wohnung hatten und wir alle zusammen leben und wohnen wollten,
— als Ausdruck unserer Wut gegen eine menschenfeindliche Stadtarchitektur, in der die Wohnzellenbauweise isoliertes Leben wiederspiegelt und täglich neu erzeugt.

Alle unsere Versuche, uns mit den Herren Schmid (Vertreter der Erbengemeinschaft Willet, der das Haus noch gehört) und Sütterlin (Vertreter der Schlierberg GmbH&Co KG, die das Haus weiter vermarkten will) gütlich zu einigen, scheiterten. Sie waren nicht bereit, uns ihr geliebtes Spekulationsobjekt auch nur bis zum Baubeginn mietweise zu überlassen. Während der Verhandlungen stellt sich nämlich heraus, daß es nicht um die Interessen der Erbengemeinschaft, sondern um den Profit des Spekulationsphantoms Schlierberg (eine Firma, die unter diesem Namen kein eignes Büro hat, und die wohl eigens zu Spekulationszwecken gegründet wurde) ging. Schlierberg will mit der Investition von DM 1,5 Mio für Läden im Boutiquen-Stil, Praxen und sterilen Eigentumswohnungen (Wohnklos) den Reibach machen. Auf den aber hätte Sütterlin (Telefon 43633) vielleicht verzichten müssen, wenn er das noch relativ gut erhaltene Haus an uns vermietet hätte. Denn bewohnte/besetzte Häuser verkaufen sich schlecht.

Während der fünf Tage in der Schusterstraße haben wir zusammen gewohnt & es fällt uns schwer zu beschreiben, was da alles gelaufen ist. Vielen anderen, die uns besucht haben, hat es gefallen. Wir hätten gern hundert Jahre dort gewohnt...

Dienstag in der Schusterstraße

Der Tag beginnt, Geschirrgeklapper in der Küche, der Tisch wird gedeckt, die Brötchen duften... In dieses friedliche Haus kommen — für uns nichts ungewöhnliches — die ersten Besucher. Kaum war die Truppe (hübsch adrett angezogene Typen) im Innenhof, zerriß das friedliche Bild:

Im Gefolge dieser geschickt getarnten Vorhut stürmten etwa 60 Bullen in den Hof. „Halt! Kriminalpolizei! Keiner verläßt das Haus! Bei Widerstand müssen wir Gewalt anwenden!" und wir? — noch verschlafen von den Bullen, die auf einmal in jedem Zimmer waren, in den Hof getrieben. Aufnahme der Personalien und Abtransport ins Polizeirevier Nord! Der Hausfrieden ist gebrochen! Nur die Tatsache, daß wir unsererseits auf Gewalt und Widerstand verzichtet haben, nicht aber die F[illegible]dlichkeit der Polizei, verhinderte eine „SCHLACHT UM DAS HAUS!" Unsere Gewaltlosigkeit hatte ihre Ursache aber nicht in der frühen Stunde (so die BZ vom 30.8.) sondern wir haben es von Anfang an nicht auf eine gewaltsame Auseinandersetzung angelegt.

Und die Polizei sorgte dafür, daß wir keine Unterstützung von „außen" bekommen konnten, sie riegelte die Schusterstr. von beiden Seiten ab: Spekulantentum und seine Begleiterscheinung, die RÄUMUNG, dulden keine Öffentlichkeit.

Statt gemütlich am Frühstückstisch im Hof, fanden wir uns in 2x3,50 m-Zellen mit Holzpritsche und französischem Plumpsklo zur Vernehmung unserer Person wieder. Dann: Erkennungsdienstliche Behandlung, d.h. Feststellung der Personalien, Fingerabdrücke, Fotos, Protokolle. Auf das Recht, dagegen Protest einlegen zu können, wurden wir nicht hingewiesen; wenn wir es forderten, wurde dem nur widerwillig oder zum Teil gar nicht stattgegeben.

Fazit: Die Wohnungsnot bleibt! Erhaltenswerter Wohnraum wird weiterhin zerstört! Dazu jetzt noch 36 Anzeigen we[illegible] „Hausfriedensbruch"!

Diese traurige Bilanz geht zu Lasten einer Wohnraumpolitik, die es zuläßt, daß allein die Profitmaximierung (durch Bau von Einzimmerappartements und Boutiquen) bestimmt, was da abgerissen und wie es neu gebaut wird. Die Frage inwieweit der Abriß von erhaltenswertem und für alle erschwinglichem Wohnraum Gewalt gegenüber den zahlreichen Wohnungssuchenden darstellt, wird nicht gestellt. WIR ABER STELLEN SIE!

Kontakt: **Politischer Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstraße 15, 7800 Freiburg.**

KÜNDIGUNG VON MITARBEITERN DER KITAS WAR RECHTSWIDRIG

FRANKFURT,
7. September 78

Nachdem die Stadt Frankfurt nach der Abschaffung des Kita-Projekts zum 1. April 1978 (siehe ID 225) zahlreiche Kita-Mitarbeiter durch Schreiben vom 27.3. völlig unvorbereitet versetzt hatte um jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken (ca. 80 Personen), hatten einige versucht, sich gegen diese Versetzungen zu wehren und die weitere Betreuung der

Kita-Kinder zusammen mit den Eltern organisiert und ihre ihnen neu zugewiesenen Arbeitsplätze nicht aufgesucht. Deswegen wurden die Ersten wegen "Arbeitsverweigerung" von der Stadt am 17.4.1978 fristlos gekündigt. Diese Kündigungen wurden vor dem Arbeitsgericht angegriffen. Die ersten 7 Klagen wurden in der ersten Instanz als nicht berechtigt erkannt.

Das Arbeitsgericht hat entschieden, daß die Kläger/innen sich zwar einer Arbeitsverweigerung schuldig gemacht haben, was aber trotzdem nicht zur fristlosen Kündigung führen durfte, weil eine ordnungsgemäße Interessenabwägung zwischen den Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers nicht vorgenommen worden ist.
Auszüge aus dem Urteil:

"Der Arbeitgeber hat das von ihm beanstandete Verhalten (Arbeitsverweigerung d. Redaktion) auch aus der Sphäre des zu kündigenden Arbeitnehmers zu würdigen. Hätte die Beklagte (= Stadt Frankfurt) sich hieran gehalten, so hätte sie erkannt, daß

- zwischenmenschliche Beziehungen (Erzieher–Kind d. Redaktion) durch ihre Maßnahme abrupt und unvorbereitet abgebrochen werden,
- der Kläger (die Kläger) als Bezugspersonen in der Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation der zu betreuenden Kinder eine nicht unwesentliche Rolle einnimmt.

Mit diesem Vorverständnis hätte die Beklagte das Verhalten des Klägers/der Kläger ... würdigen müssen." Sie hätte dann erkannt, daß durch die völlig unvorbereitete Versetzung und Schließung der Kitas eine "nicht zu vernachlässigende Ursache für die spätere Entwicklung angelegt war".

"... Bei dieser Sicht der Interessenabwägung wird die Beklagte nicht gezwungen, gleichsam mitanzusehen, wie Anordnungen mißachtet werden (Versetzungen). Es liegt an ihr zu erkennen, daß zwischenmenschliche Beziehungen anders 'abzuwickeln' sind als sonstige Arbeits- oder Produktionsmethoden.

Es hätte zumindest eines Versuches bedurft ... die Kita-Mitarbeiter in die Realisierung der Beendigung (des Kita-Projekts) einzubinden.

Das Gegenargument, daß ein entsprechender Mitarbeiterwille nicht vorhanden gewesen sei, kann nur Vermutung sein, die den unterlassenen Versuch nicht überflüssig macht.
Nach allem ist festzustellen, daß die Weigerung des Klägers (der Kläger) nicht pure Ablehnung geänderter Arbeitsbedingungen ... sein mußte, sondern ebensogut dem Erzieherauftrag und innerem Verantwortungsbewußtsein entspringen konnte. Dies darf die Kammer (= Gericht) bei der von ihr nachzuvollziehenden Interessenabwägung nicht unberücksichtigt lassen."

Deshalb wurde dann auch entschieden, daß die Stadt nicht zur Kündigung berechtigt gewesen war.

Die Stadt Frankfurt hat angekündigt, daß sie gegen die Urteile Berufung einlegen wird.

Kontakt für mehr Informationen: Anwälte Kollbach, Mika, Müller, Bergerstr. 87, 6000 Frankfurt/Main



RECHT AUF SOZIALHILFE AUCH FÜR AUSLÄNDER

FRANKFURT 6. SEPTEMBER Nicht nur arbeitslose Ausländer haben ein Recht auf Sozialhilfe (jedoch nur aus bestimmten Ländern), sondern auch die, die erst in die BRD eingereist sind. Neu Eingereiste können einen Antrag schon dann stellen, wenn der Aufenthalt durch eine Vorladung bei der Polizei nachgewiesen werden kann, d.h. also, daß eine Duldung nicht erst ausgesprochen werden muß.

Duldung = der Aufenthalt wird nur für ein bestimmtes Gebiet oder eine bestimmte Stadt, zeitlich begrenzt, gestattet.
Wer zum Beispiel für Frankfurt eine Duldung hat und in Offenbach eine Arbeit annimmt, riskiert bis zu einem Jahr Knast! Duldung heißt Aussetzung der Abschiebung (nicht Sicherheit davor!). Ein Antrag auf Aufenthaltserlaubnis wird oft abgelehnt. Beim Verlassen der BRD erlischt die Duldung, außerdem bei rechtswidrigen Verhaltensweisen. Eine Duldung wird in Frankfurt maximal für ein Jahr gegeben. Dann muß Jahr für Jahr diese neu eingeholt werden. Aufenthaltserlaubnis bedeutet mehr FReizügigkeit. Da in den Ballungsgebieten zuviele Ausländer sind, werden die Duldungen in Frankfurt neuerdings nur für eine Woche ausgestellt, dann werden die Ausländer in andere Gebiete verteilt, wo angeblich mehr Arbeitsplätze, Wohnungen und Geld vorhanden sind.
Wer Sozialhilfe bekommt, wird oft mit dem § 19 des Sozialhilferechts konfrontiert: für einen Stundenlohn von 1 .– DM müssen 'gemeinnützige' Arbeiten verrichtet werden, z. B. Garten- und Friedhofsarbeiten oder aber auch Straßenreinigung. Und hierbei erlauben sich Sozialämter in Frankfurt, hauptsächlich Inder der Six-Religion anzustellen. Die Damen und Herren 'Sozialarbeiter' wissen dabei ganz genau, daß Angehörige der Six-Sekte Dreckarbeiten nicht machen dürfen. Geschieht es doch, ist es mit einem großen Identitätsverlust verbunden. Der Zwang jedoch ist größer.

Es existiert ein **Europäisches Fürsorgeabkommen**, das u. a. die BRD, Türkei, Griechenland und Italien unterzeichnet haben, indem sie sich verpflichten, Angehörige der unterzeichnenden Staaten finanziell zu unterstützen. Nun versuchen aber die Behörden oft, Ausländer gerade aufgrund des Empfangs von Sozialhilfe abzuschieben, was bei Angehörigen der nicht-unterzeichnenden Staaten wohl auch rechtens ist.

In Frankfurt wurde versucht, eine Italienerin abzuschieben, weil sie u. a. Sozialhilfe bekommt. Hierzu ein kurzer Bericht:

Frau F. ist im Jahre 1969 in die BRD eingereist und erhielt eine bis 1974 befristete Aufenthaltserlaubnis. Den Verlängerungsanträgen wurde bis Ende 1975 stattgegeben. Danach ist die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von der Stadt Frankfurt abgelehnt worden. Frau F. bezog seit 1972 regelmäßig Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz für sich und ihre drei Kinder. Sie verbrachte lange Zeit in psychiatrischen Anstalten wegen einer schweren Krankheit. Diese beiden Umstände – d. h. also sowohl die Krankheit der Frau F. als auch die Tatsache des Bezugs von Sozialhilfe – genügten für die Stadt Frankfurt, um den „teuren Gast" so schnell wie möglich los zu werden. Ihr wurde die Abschiebung aus dem Bundesgebiet angedroht für den Fall, daß sie nicht binnen weniger Wochen das Bundesgebiet verlasse. Eile war geboten, da die genannte Verfügung für sofort vollziehbar erklärt worden ist. Die Behörde verwies in dem Schreiben auf verschiedene Rechtsgrundlagen, u. a. auf das Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie auf das Europäische Fürsorgeabkommen. Beide Rechtsgrundlagen waren in der Tat von Bedeutung für den Fall der Frau F., da diese die italienische Staatsangehörigkeit besitzt. Sinn und Zweck der darin enthaltenen Bestimmungen ist es vor allem, den Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten gewisse Rechtspositionen zu beschaffen, die anderen Ausländergruppen versagt sind. So ist beispielsweise die sogenannte Rückschaffung eines Türken, Italiener, Griechen etc. wegen Inanspruchnahme

von Sozialhilfe von vorneherien ausgeschlossen, wenn dieser sich länger als 5 Jahre in der BRD aufgehalten hat. Aber auch bei kürzerem Aufenthalt kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Rückschaffung ausgeschlossen sein. Dieses Abkommen ist in Ausländerkreisen relativ unbekannt, jedoch angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, die sich besonders stark bei Ausländern auswirkt, von immenser Bedeutung.

Gerade der Fall der Frau F. zeigt, daß es sich lohnen kann, mit juristischen Mitteln gegen Maßnahmen der Ausländerbehörde zu Felde zu ziehen: Nach Einschaltung eines Rechtsanwaltes hat die Ausländerbehörde die angegriffene Verfügung sang- und klanglos zurückgenommen.

JUSOS GEGEN DRUCKMASCHINEN-BESCHLAGNAHME

STUTTGART
7. SEPTEMBER

Am 17. August wurde in Stuttgart eine Druckmaschine der Fantasia-Druckerei beschlagnahmt. Grund war ein Beschluß der Bundesanwaltschaft, in dem die Herren zu dem Schluß kamen, daß in der Fantasia-Druckerei der Terrorismus unterstützt werde. Um das zu verhindern, müsse die Druckmaschine eingezogen werden. Inzwischen haben sich die Stuttgarter Jungsozialisten in einer Presseerklärung gegen die Beschlagnahme der Maschine gewandt. Zwar nicht, ohne sich von den vermuteten Gedanken der Fantasia-Drucker zu distanzieren, aber immerhin: in der Bundesrepublik ein außergewöhnlicher Schritt für eine ordentliche politische Organisation, der auch anderen Ortsverbänden der SPD mitgeteilt werden sollte.

Kontakt: Fantasia-Druckerei, Schlosserstr. 28 a, 7000 Stuttgart



aus Blättle, Stadtzeitung für Stuttgart

WERNER HOPPE IST IN EIN KRANKENHAUS VERLEGT WORDEN

HAMBURG
7. September

Werner Hoppe, der seit 1971 in Einzelhaft sitzt (er wurde 1971 wegen Mitgliedschaft in der RAF zu 10 Jahren Knast verurteilt) geht es sehr schlecht (s. auch ID 243). Er ist auf 50 Kilogramm abgemagert, da er seit einiger Zeit keine Nahrung mehr zu sich nehmen kann. Vom Staatsschutz wird zu Werner Hoppes Gesundheitszustand stets geäußert, er sei auf die Hungerstreiks zurückzuführen. Eine wesentliche Forderung von Werner Hoppe und den anderen Gefangenen aus der RAF in Hamburg (Bernd Geburtig und Helmut Pohl), war stets eine Untersuchung und Behandlung von Werner Hoppe in Freiheit durch einen Arzt der eigenen Wahl. Diese Forderung ist nun zu einem Teil erfüllt. Werner Hoppe liegt in einem Altonaer Krankenhaus, unter starker Bewachung durch Staatsschützer. Er wird intravenös ernährt. Dies geschieht auf eigenen Wunsch. Der Vertrauensarzt von Werner Hoppe teilte mit, das die gesundheitlichen Schäden ausschließlich auf die lange Einzelhaft, nicht aber auf die Hungerstreiks zurückzuführen sei.

Kontakt: **Rechtsanwalt Uwe Maeffert, Tel.: 040/39 16 15.**

BERICHT EINES GEFANGENEN–VERTRETERS

STAMMHEIM
6. September

Nachfolgenden Bericht erhielten wir von einem Gefangenen, der inzwischen in einen anderen Knast verlegt wurde:

"Ich wurde im November 77 als Gefangenen-Vertreter gewählt, dies bedeutete für mich, ausschließlich die Interessen der Gefangenen zu vertreten und meine eigenen Probleme in den Hintergrund zu stellen.
Von Anfang an gab ich mich keinen Illusionen hin, da die Gefangenen-Vertretung gerade in Stammheim keine rechtliche Grundlage hatte und noch nicht hat. D.h. in Stammheim bist du als Gefangenen-Vertreter solange recht, wie du zu allem ja und amen sagst, tust du dies nicht, so wirst du unweigerlich "abgesägt".

Ein Gefangener hatte an den Landtag Baden-Württemberg geschrieben, wegen einiger Selbstmorde in der JVA Stammheim, während des 2. Halbjahres 77. Der damalige Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Meyer hat hierauf eine Gegendarstellung des Justizministeriums gefordert. Justizminister (JM) Dr. Palm hat daraufhin an den MdL Dr. Meyer geschrieben, daß im 2. Halbjahr 77 "nur" 6 Selbstmorde in der JVA Stammheim vorgekommen seien. Die Gefangenen-Vertretung erhielt von diesem Schreiben durch den Gefangenen eine Kopie.
In einer unserer Sitzungen sagte unser damaliger Vorsitzender , daß diese Darstellung des JM Palm eine Lüge sei, da es alleine im 3. Obergeschoß soviele Selbstmorde innerhalb dieses Zeitraumes waren. Von den anderen Selbstmorden war in dem Schreiben an Herrn Meyer nicht die Rede, sie wurden einfach totgeschwiegen.
Die Gefangenen-Vertretung beschloß deshalb diese Unwahrheiten dem Abgeordneten Dr. Meyer zu berichten, dies wurde aber von der Anstaltsleitung untersagt.

Warum diese Selbstmorde geschahen, liegt daran, daß in der JVA Stammheim keine psychologische Anlaufstelle für solche gefährdeten Personen vorhanden ist.
Herr Reg.-Med.-Dir. Dr. Henk bestätigte dies indirekt bei einer späteren Sitzung der Gefangenen-Vertretung.

Nach den „Selbstmorden" der Baader-Meinhof-Gruppe wurde ein sogenanntes Sicherheitskommando gegründet. Dieses Kommando führte Großzellenkontrollen durch. Bei solchen Kontrollen wurde alles gefilzt, selbst die privaten Belange der Gefangenen. Auf Beschwerden hierauf wurde uns seitens des Justizministeriums zugesichert, daß solche groben Übergriffe nicht mehr vorkommen. Am 14.02.78 sind aber gerade solche Übergriffe wieder vorgekommen, d.h. es wurde Verteidigerpost kontrolliert, Sachbeschädigung an Radios, Lebensmitteln und Genußmittel kamen dabei vor. Ebenso wurde alles was die Zelle einigermaßen gemütlich machte, wie Regale, Bücherborde etc. herausgenommen.
Ich schrieb daraufhin einen Brief an den Justizminister, in dem ich auf solche Zustände zu sprechen kam. Auch habe ich ihm mein Vertrauen entzogen, da er seine Zusicherung betreffs dieser Kontrollen nicht gehalten hatte. Diese Zusicherung lautete wörtlich:
Bei Großzellenkontrollen sind die privaten Balange der Gefangenen mehr zu achten, des weiteren muß bei solchen Kontrollen anstaltseigenes Personal vorhanden sein.

Die Zensur erhielt den Brief zurück und übergab ihm den Anstaltsleiter. Dieser erschien hierauf zu einer Sitzung der Gefangenenvertretung und sicherte betreffs dieser Vorkommnisse zu, daß er hierin Abhilfe schaffen werde, indem er mit dem zuständigen Leiter der Kontrollen sich absprechen werde.
Ich möchte bemerken, daß sich bis heute an den Methoden noch nichts geändert hat, ja im Gegenteil haben sie sich verschärft und man muß sich zum Teil bei solchen Kontrollen entkleiden.

Seit geraumer Zeit befinden sich auch die BM-Anwälte Dr. Klaus Croisant, Armin Newerla und Arndt Müller in der JVA Stammheim. Laut Anstaltsleitung wird versucht diese Leute in den Normalvollzug zu integrieren, gleichzeitig werden aber permanente Haftverschärfungen eingeführt. D.h. keine Bilder an den Wänden, ebenso keine Regale und Sidebords mehr in der Zelle. Auf den Transportzellen werden keine Radios und Kopfhörer mehr ausgehändigt, somit ist einem die Möglichkeit der Information durch die Tagesnachrichten genommen. Gefangene müssen sich nach Verteidigerbesuchen vollkommen entkleiden und ihre Kleidung wird durchsucht.
Auch werden die BM-Anwälte nach den Freistunden auf das schärfste kontrolliert. Sie müssen sich dabei entkleiden und umziehen, da ihre Kleidung durchsucht wird.
Diese Methoden verstoßen meiner Meinung nach gegen die Menschenrechte.

Die ärztliche Versorgung ist ebenfalls unzureichend. Medikamente werden nur nach größten Schwierigkeiten verabreicht. Tabletten gibt es nur aufgelöst. Das Sanitätspersonal ist überlastet, ebenso Reg.-Med.-Dir. Dr. Henk. Herr Dr. Majorovic, der für den Bau I zuständig ist, ist in meinen Augen kein Arzt wenn er sich in der Todeszeit der BM-Gruppe um 5 Std. verschätzt. Dr. Majorovic behandelt jeden Gefangenen als sei er ein Simulant und dementsprechend fallen auch seine Diagnosen aus. Obwohl schon verschiedene Anzeigen gegen ihn gemacht wurden, darf er immer noch praktizieren.

Neuzugänge werden kaum oder gar nicht untersucht und wenn, so beschränkt sich diese Untersuchung lediglich darauf, daß gefragt wird, ob er schon irgendwelche Krankheiten hatte, Operationen und schließlich wird er geröngt und er wird gewogen. Durch solche Nachlässigkeiten war es möglich, daß bei einem Hausreiniger, der auch das Essen ausgab, erst später festgestellt wurde, das er Syphillis hatte. Man muß sich vorstellen, was für Folgen sich daraus hätten ergeben können, wäre dies nicht doch noch entdeckt worden.
Die Gefangenen-Vertretung hatte auch beantragt, daß in den Visitenräumen der einzelnen Stockwerke Waschbecken angebracht werden, zwecks der Hygiene. Bis heute hat sich diesbezüglich noch nichts getan und Herr Dr. Henk bezeichnete die Visitenräume als die reinsten Rumpelkammern.
Ich wurde diesbezüglich von der Anstaltsleitung angegriffen, weil ich dies zu Protokoll der Gefangenen-Vertretung brachte. Nachts befindet sich nur ein Sanitätsbeamter im Hause und man muß sich dies bildlich vorstellen bei der Größe der JVA Stammheim. Kommt irgend etwas vor, so müßten, betätigt man den Notruf, lange Wartezeiten in Kauf genommen werden.

Was das Essen betrifft, so ist dies in Stammheim im großen und ganzen gesehen nicht schlecht, wenn man von dem Standpunkt einer Großküche ausgeht. Aber gerade im Bezug auf Diätkost ist es schlecht, da dies aus finanziellen und technischen Gründen nur provisorisch geregelt wird. Aus diesen Gründen mangelt es bei Diätkost an Qualität und Quantität.

Die Freizeit in der JVA Stammheim beschränkt sich nur auf das wöchentliche Fernsehen von 2 Std. und Videokassetten. An Sportmöglichkeiten ist auch nichts geboten; es gibt lediglich eine Tischtennisgruppe, da diese aber laufend überlastet ist, müßten lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. Des weiteren ist eine richterliche Genehmigung hierfür erforderlich. Diese erhält man jedoch nur, wenn man keinen Sonderhof und keine Mittäter hat.
Gesprächsgruppen gibt es zwei plus eine Drogengruppe, für diese gilt dasselbe wie bei der Tischtennisgruppe. Dasselbe gilt auch für die Schachgruppe, sowie die Hobbymöglichkeiten.

Der Einkauf beschränkt sich auf 2x monatlich von DM 125,- dies ist aber bei den herrschenden Preisen gesehen nicht gerade viel und ausreichend. Die Preise sind hoch, da den Einkauf ein Einzelhändler bestreitet.

Da in Stammheim keine Tauchsieder erlaubt sind, behelfen sich die Gefangenen mit selbstfabrizierten.
Auch dürfen die Radios nicht an das Stromnetz angeschlossen werden, aber auch hier behelfen sich die Gefangenen, da sie zu solchen Sachen geradezu genötigt werden.

Hierfür ist an Hausstrafen vorgesehen: Freizeitsperre, Einkaufssperre, und Begleichen des Schadens falls entstanden.

Rollkommandos treten in Erscheinung bei Ruhestörungen und Meuterei.

Beispiele hierzu:
In der JVA Stammheim wollten 54 Gefangene verlängerte Freistunde, da das Wetter angenehm war und blieben deshalb im Hof. Nach mehrmaligem Auffordern seitens des AL, sich in ihre Zellen zu begeben, holte dieser 2 Hundertschaften Bereitschaftspolizei. Diese ca. 200 Polizisten waren mit Schlagstöcken bewaffnet und hatten Schutzschilde bei sich. Sie stürmten in den Hof und schlugen ohne Warnung auf die wehrlosen Gefangenen ein. Andere Gefangene, die dies beobachteten, warfen ihren Kameraden abgebrochene Besenstiele, Stuhlbeine u.ä. in den Hof. Es kam zu einer richtigen Schlacht. Das Resultat war, mehrere Gefangene und Polizisten mußten ärztlich behandelt werden. Die Gefangenen bekamen Anzeigen wegen Gefangenen-Meuterei, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Als ich versuchte mich für diese Gefangenen einzusetzen, wurde mir angeraten, die Finger davon zu lassen, bevor ich sie mir verbrenne.
Ich trat daraufhin in einen Hunger und Durststreik und wurde sofort von meinem Amt abgelöst, mit der Begründung, ich hätte gegen die JVA Stammheim eine versuchte Nötigung begangen.
Als ich versuchte dies aufzudecken, indem ich an Euch schrieb und versuchte noch andere Briefe an Euch rauszuschmuggeln, da sie hier durch die Zensur wären und ich erwischt wurde, hat man micht bestraft, "natürlich" mit richterlicher Genehmigung wie folgt:

1. Einkaufssperre
2. Freizeitsperre
3. Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen
4. Beschlagnahme meiner Schreibmaschine
5. Verbot zur Teilnahme an einem Sprachkurs
6. Überwachter Besuch
7. Entzug von persönlichen Notizen
8. Verlegung vom 6. OG in das 1. OG (Obergeschoß)

Im übrigen wurde meine Revision als auch die Haftbeschwerde wegen dieser Maßnahmen gegen mich abgelehnt. Auch wurde ich schnellstens in Strafhaft abgeschoben, damit mir die Möglichkeit einer Beschwerde gegen den Verwurf meiner Revision und Haftbeschwerde genommen ist.

(AL = Anstaltsleiter)



SICHERHEIT UND ORDNUNG ...

FRANKENTHAL, 18.8.1978 *Ein wegen geringfügiger Vergehen in der Justizvollzugsanstalt Frankenthal einsitzender Gefangener schickte uns folgenden Bericht:*

SICHERHEIT UND ORDNUNG...
so steht es über den meisten Dingen, wenn man uns etwas verbieten oder uns sonstwie schikanieren will. Ob dabei auch psychologische Erwägungen eine Rolle spielen, kann ich wirklich nicht sagen. Wenn es aber so ist, dann wahrscheinlich nur für die, die die Macht haben. Oder wie sonst soll ich es verstehen, wenn an der Pforte der JVA Frankenthal ein Beamter mit umgehängter Maschinenpistole herumlungert? Welchen Eindruck mag dieser "Wachtposten" den Besuchern gegenüber erwecken? Zumeist sind es doch kleine Eierdiebe, die hier einsitzen. Die Besucher wissen von den Straftaten. Wenn sie jetzt hier in die Anstalt kommen, beziehen sie die Maßnahmen, die getroffen werden, (Durchsuchungen, Abtasten mit der Metallsonde usw.) sicher nicht auf einen oder zwei Gefangene, für die sie gedacht sind, sondern auf ihren Angehörigen oder Freund, den sie besuchen wollen. Abgesehen von der Erniedrigung, die eine Durchsuchung ohnehin bedeutet, wird hier noch der Eindruck erweckt, der Besuchte sei ein wildes Tier, daß man ganz scharf bewachen muß.
Aber nicht nur Besucher der JVA Frankenthal müssen sich einer Schocktherapie unterziehen. Auch die Gefangenen. Das habe ich gestern am eigenen Leibe erfahren müssen. (Wohlgemerkt, ich zähle auch zu den Gefangenen, die hier verächtlich als kleine Eierdiebe bezeichnet werden.) — Zu einer Untersuchung wurde ich in das Städtische Krankenhaus in Frankenthal gefahren. Noch innerhalb der Anstalt wurden mir die Handschellen angelegt. Auf meine Frage, ob nicht auch Fußketten vorgesehen wären, bekam ich die Antwort:"Wir schießen schneller wie sie laufen können". Im Krankenhaus verzögerte sich die Untersuchung und ich mußte erstmal ca. 30 Minuten auf dem Flur warten. Natürlich an einer Stelle, die alle Patienten der Ambulanz passieren müssen.. Dann ins Behandlungszimmer. Meine beiden 'Leibwächter' natürlich mit. Da der Arzt die Untersuchung nicht durchführen konnte, mußte ich auf die medizinische Station, um einen Einlauf machen zu lassen. Zwischendurch immer das Spiel: Handschellen ab, Handschellen an. Während des Einlaufs standen beide Büttel interessiert dabei. Sogar auf dem anschließenden Gang zur Toilette war ich nicht allein. Nachdem ich die Hosen wieder hochgezogen hatte, das alte Spiel mit den Handschellen.

Als zweite Untersuchung sollte der Darm geröngt werden. Beide Beamte mit in den Röntgenraum. Zwischendurch mußte das Kontrastmittel aus dem Darm. Also wieder auf die Toilette. Diesmal bei offener Tür. Es ist ein herrliches Gefühl, auf der Toilette zu sitzen, während in der offenen Tür ein Uniformierter mit umgeschnallter Pistole steht. Da merkt man erst so richtig, was der Satz bedeutet: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Oder ist das hier außer Kraft gesetzt? Wenn ja, welcher Teil? Die Würde, oder das Menschsein?

Nach Abschluß der Untersuchung konnte ich noch einige Worte mit dem Arzt wechseln. Natürlich wieder unter Bewachung. Anschließend wieder die Handschellen und auf dem Flur warten, bis aus der Anstalt der Transportwagen kam. Nun paßte es natürlich gut, daß es gerade 14 Uhr, und damit Besuchszeit war. Man suchte also einen Platz aus, an dem alle Besucher vorbeikommen. Direkt am Fahrstuhl. Was muß es für die Besucher doch für ein erhebender Anblick gewesen sein dort das wilde Tier zu sehen. Selbst wenn es mir gelungen wäre, die Handschellen einigermaßen zu verbergen, so hätte es nichts genützt. War ich doch in staatseigene Kleidung gehüllt, deren Schnitt und Zustand mich als das auswies, was ich bin: Ein Stück Scheiße. (Meine Bitte, in eigener Kleidung 'ausgeführt' zu werden, war abgelehnt worden)

Wieder in der Anstalt kamen mir dann einige Fragen. Nicht die nach der Menschenwürde. Aber die nach der Gesetzmäßigkeit mancher Vorschriften. Wo bleibt eigentlich die ärztliche Schweigepflicht, wenn bei Untersuchungen und Gesprächen mit dem Arzt ständig die Beamten dabeistehen? Und, und, und.....
Leider bin ich nicht in der Lage, die rechtliche Seite zu überprüfen. Hier kann ich zwar leihweise die Strafprozeßordnung und das Strafgesetzbuch haben, aber das andere Gesetz nicht. Leider.

HUNGERSTREIK

FRANKFURT 31. AUGUST *Von einem Gefangenen aus einem deutschen Knast erreichte uns ein Brief, in dem er sich Gedanken über die Praxis des Hungerstreiks im Knast macht.*

„Immer wieder erlebe ich es in den verschiedenen Haftanstalten, daß verschiedentlich Hungerstreiks durchgeführt werden, um irgend ein Ziel zu erreichen. Dazu möchte und muß ich jetzt folgendes sagen:

Wenn ihr dies vorhabt, dann stellt eure Forderungen bitte so, daß sie auch erfüllbar sind! Das heißt ganz klar: keine irrealen Forderungen offenbaren, die dann keinesfalls erfüllt werden können, weil es einfach unmöglich ist.

Wenn Ihr dann diese Erklärung erstellt habt, dann gebt sie der jeweiligen Vollzugsanstalt offen ab, und teilt dementsprechend auch anderen von dieser Erklärung mit, und auch warum ihr diesen Hungerstreik durchführt. Nur dadurch ist auch gewährleistet, daß man sich mit eurem Hungerstreik solidarisieren kann und daß man weiß, worum es im Grunde überhaupt geht!

Und noch etwas: Es soll vorkommen, daß manche Dollbohrer einen „offenen" Hungerstreik erklären, und dann Kara-

malzbier, Honig, Kaffee mit Zucker, etc. zu sich nehmen. Was soll dies? Ihr selbst macht Euch doch damit lächerlich, denn wenn ich Kalorien zu mir nehme, dann kann ich dies höchstens als eine langfristige Diätkur bezeichnen, aber nicht als einen Hungerstreik. Was also, sollten wir uns zuvor fragen, ist eigentlich der Sinn und Zweck unseres Anliegens?

Und dies müssen wir propagieren, für alle verständlich und real. (z. B. durch den ID. Und als sinnvoll sehe ich z. B. den Grund: „für normale Besuche!" an, – und nicht etwa um die BRD zu einer Bankrotterklärung zu veranlassen. Dies kann nichts bringen, weil die BRD euch lieber verrecken läßt, als zuzugeben, daß sie Scheiße baut)

Und noch etwas: Wenn ich einen Hungerstreik begonnen habe, mit einer realen Forderung, dann muß ich diesen auch durchhalten können. Umsomehr, als die Entzugserscheinungen bereits nach etwa drei Tagen verflogen sind und ich dann nur noch apathisch sein kann. Immun gegenüber der Verführung „Essen". Danach kann ich, wenn es notwendig sein sollte, auch noch den Durststreik anschließen. Dadurch (also auch kein Mineralwasser mehr!) kann ich mir sicher sein, daß ich spätestens zwei Tage später zusammenklappe, und dann für die Vollzugsanstalt der Zeitpunkt kommt, an dem sie sich entscheiden muss! Und wenn ich dies vorher ankündige, und die Leute wissen dies, – dann ist dieser Hungerstreik sinnvoll und zuverlässig eingesetzt: mit einer realen Forderung innerhalb kurzer Zeit etwas zu erreichen. Ich kann aber auch auf lange Sicht arbeiten: dadurch verringere ich mein Gewicht, – und die Vollzugsanstalt lacht über meinen „Hungerstreik" – der gar keiner ist, weil ich eben durch Honig etc. doch Kalorien zu mir nehme. Und wenn ich dann ein bestimmtes Untergewicht erreicht habe, werde ich verlegt, und habe immer noch nichts erreicht, weil man dann eben von Seiten der Vollzugsanstalt entsprechend rechtzeitig einen Platz im Knastkrankenhaus für mich reservieren lassen kann, zur künstlichen Verpflegung. Diese Form von Hungerstreik entspricht genau der kleinbürgerlichen Auffassung von der Bürokratie: schön langsam arbeiten, damit auch nebenbei der Papierkram erledigt werden kann. Ihr arbeitet dann einzig der Vollzugsanstalt in die Hände und sonst erreicht ihr nichts. Das ist die nackte Realität und sonst nichts. Wenn ich etwas erreichen will, dann muß ich diesen Faktor eben dadurch umgehen, daß ich das ‚Heft' in der Hand behalte, und daß alle über mein Tun und über die Zeit informiert sind! Jeder kann sich dann danach ausrechnen, wielange ich Zeit habe, und wann eben etwas getan werden müßte, – und wenn nicht, was dann sicherlich los ist.

Und noch etwas: Ein Guerilla wird sich nicht wie ein trotziger kleiner Junge verhalten, und mit seiner Dummheit auch noch groß protzen vor der Vollzugsanstalt. Die Taktik dürfte wohl der Überraschungsmoment auf meiner Seite sein, und die Tücke und die List. Nicht aber die Form, daß ich mich groß isolieren lasse um dadurch für mich einen Nachteil zu erreichen, und nichts sonst. Und vielleicht sollte sich mancher darüber erst einmal klarwerden, bevor er sich auf irgendwelche Untergrundaktionen einläßt

ERKLÄRUNG POLITISCH MOTIVIERTER GEFANGENER

Frankfurt
28. August

Norbert Kröcher und Manfred Adomeit waren am 1.4.77 in Schweden im Rahmen einer großangelegten Verhaftungswelle gegen angebliche internationale Terroristenorganisationen festgenommen worden.

Die schwedische Sicherheitspolizei (Säpo) beantrage die Ausweisunq für N. Kröcher und M. Adomeit. Sie berief s ich dabei auf das sogenannte Terroristengesetz, nachdem Ausländer, die einer bestimmten Gruppe, bisher Ustasja, die japanische Rote Armee, der Schwarze September und die RAF, angehören, ausgewiesen werden können. Am 3.4.77 wurden Norbert E. Kröcher und Manfred Adomeit in die BRD deportiert. Ihnen wurde bis heute nicht mitgeteilt, warum sie ausgewiesen wurden. Die Ausweisungsdokumente sind bisher noch nicht freigegeben. Offiziell erfolgte die Ausweisung von Norbert Kröcher und Manfred Adomeit auf ein Ansuchen der BRD-Behörden, daß sie als politische Kriminelle ausgab.

Von Norbert E. Kröcher und anderen Gefangenen erreichte uns diese Erklärung im Namen der Bewegung 1. April, der internationalen Gesellschaft der emotionalen Pest und der Marinus van der Lubbe Brandstiftergesellschaft.

„Wir sind politische Gefangene . . .

Wir gehen jedoch davon aus, daß ALLE Gefangenen Anspruch auf diese Bezeichnung haben; denn unserer Meinung nach sind alle, die mit den Gesetzen dieses verschissenen Systems in Konflikt geraten sind, Kriegsgefangene. Kriegsgefangene des Krieges von Staat und Kapital gegen den Menschen.
Ergo: politische Gefangene.

Der Forderung einiger Genoss(inn)en nach Gewährung des Kriegsgefangenenstatus gemäß der Genfer Konventionen können wir uns deshalb nicht anschließen.

Abgesehen davon, daß diese Forderung hier und heute politisch völlig unrealistisch und damit unsinnig ist, beinhaltet sie übrigens auch eine juristische Unmöglichkeit: denn auch nach dem Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1977 wird ein Kombattantenstatus nur unter Bedingungen gewährt, die bewaffnete Gruppen in Europa natürlich nicht erfüllen können: offenes Tragen von Waffen, Kennzeichnung der Kämpfer, einheitliches Oberkommando, etc etc. Aber das interessiert uns nur einen feuchten Furz; als Anarchisten scheißen wir sowieso auf solche juristischen Formalien.

Es gibt keinen Unterschied zwischen den Gefangenen. Alle haben - mehr oder weniger bewußt - das gleiche getan: sich geweigert, Mehrwert zu schaffen und Eigentum zu achten.

Die Trennung in "politische" und "kriminelle" ist deshalb nicht nur politisch falsch - sie ist arrogant.

Einige der gefangenen Schwestern und Brüder sehen leider immer noch nicht, was die Forderung nach irgendeinem Sonderstatus für uns beinhaltet: eine Spaltung der internierten Klasse, die zur Knastisolation noch die Politisolation bringt. Unsere Rebellion ist notwendigerweise kriminell. Zuchthaus oder gar Tod sind überall und immer die Antwort der Machthaber darauf.

Noch einmal: Alle Gefangenen sind politische Gefangene.

Auch der Forderung, in interaktionsfähige Gruppen à 15 Mann/ Frau zusammengelegt zu werden, können wir uns nur insofern anschließen, als daß damit die Gewährleistung der lebensnotwendigen sozialen Interaktion für ALLE Gefangenen erreicht werden soll. Was meint Ihr, wieviele Knackis in Totaliso sitzen, weil sie mal bambuliert haben....

Die Konzentration gefangengenommener Widerstandskämpfer in Miniatur-KZs lehnen wir ab. Die Kleingruppeniso hat sich spätestens seit Stammheim als - im wahrsten Sinne des Wortes - MÖRDERISCHE Geschichte erwiesen. Stellt Euch nur mal

vor, son Sondertrakt fliegt durch nen Unfall mit all dem von den Terroranwälten eingeschmuggelten Sprengstoff in die Luft... oder brennt ab...

Und sowieso: großer Knast - kleiner Knast, die gleiche Geschichte - nur daß draußen eure Kette ein bißchen länger ist.

Der Knast ist nichts weiter als ein Spiegelbild dieser verrotteten Gesellschaft en miniature - mit verstärkter Repression allerdings; und unser Kampf kann im Knast nicht aufhören. Knast ist nur eine Front von vielen. Euer Kampf gegen Neckermann, Bild und Schießer - unser Kampf gegen Bunker, Zensur und Schließer - zwei Teile der gleichen Sache, zwei Seiten des

GLEICHEN KAMPFES

UNSERER FORDERUNGEN KÖNNEN NUR SEIN:
Ausnahmslose Eingliederung gefangengenommener Widerstandskämpfer in den normalen Untersuchungs- bzw. Strafvollzug.
Abschaffung der Isolation für ALLE Gefangenen.
Weg mit JEDER Form vom Sonderbehandlung für "spezielle" Gefangene.

Das sind die berechtigten Forderungen, die nur ein Anfang sein können, um das Leben der Gefangenen zu retten, um weitere Stadelheims und Stammheims zu verhindern - um DEM Tod in den Knästen ÜBERHAUPT Einhalt zu gebieten.

Remember: Wir sind für Euch drinnen - Ihr seid für uns draußen.

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!

FREIHEIT FÜR ALLE UND ALLES!

Kontakt: Knofo Norbert E. Kröcher z. Zeit Justizversuchsanstalt Frankenthal, via Ermittlungsrichter II beim BGHaut Ihn, Herrenstraße 45 a, 75 Karlsruhe

Manfred Adomeit, Krümmede 3 JVA, 4630 Bochum

RAUSSCHMISS UND BESPITZELUNGEN

HENNEF/ST. AUGUSTIN

Dies ist ein neuer Bericht von Schülern der Schülerinitiative St. Augustin. Im ID 230 hatten sie geschildert, wie ein CDU-Beigeordneter die Jugendorganisation „Die Falken" aus den Räumen der Kopernikus-Realschule in Hennef geekelt hatte, weil die Falken in ihrer Bundeszeitschrift etwas von „Schleimern und Duckmäusern" geschrieben hatten. Die Schülerinitiative verfolgt die weitere Entwicklung der Affäre mit Interesse und schreibt außerdem über die Bespitzelung von Schülern in ihrem Gebiet:

„Aus dieser bundesweit einmaligen Geschichte (dem Falken-Rausschmiß) hat sich hier in der schwarzen Provinz Nordrhein-Westfalens eine handfeste Konfrontation entwickelt. Nach außen streiten sich SPD und CDU, wobei die SPD — jedoch nur halbherzig — die Falken unterstützt. Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich jetzt eingeschaltet. Sie verlangt von der Gemeinde Hennef, daß sie den Falken Räume gibt. Die CDU hierorts will sich aber nicht durch die Landesregierung unter Druck setzen lassen und bleibt dabei: Falken raus!

Vom 11. bis 17. September gibts in Hennef eine jugendpolitische Woche der Falken zu diesem Thema. Am 14. September um 20 Uhr in der Aula der Hauptschule an der Stoßdorfer Straße findet eine Podiumsdiskussion statt.

Bespitzelungen

Im Rhein-Sieg-Kreis gab es folgende uns bekannte Bespitzelungen von Schülern durch die politische Polizei, Verfassungsschutz, Stadtverwaltung etc.: Schüler aus Troisdorf, Siegburg und Niederkassel, die sich von 1972 bis 1975 im Freien Jugendkollektiv (FJK) organisiert haben, sind überwacht worden. In allen Fällen leitete die Schulbehörde Informationen weiter. Die schlimmste Schule, an der es auch zahlreiche Rausschmisse von Schülern gab, ist das Schulzentrum in Troisdorf-Sieglar.

Bespitzelt wurden auch Schüler, die sich von 1973 bis 1974 in Sankt Augustin im Kommunistischen Oberschülerverband (KOV) organisierten und Schüler der „Gruppe Alternative" am Rhein-Sieg-Gymnasium in St. Augustin (1976 bis 1977). In St. Augustin hat die Schule Listen von vermuteten Mitgliedern erstellt und an die Stadt weitergeleitet. Der KOV und die „Gruppe Alternative" waren Thema diverser Stadtratsitzungen. Wir hoffen, lieber Verfassungsschutz, du hast uns nicht vergessen.
Schülerinitiative St. Augustin.

Kontakt: **Eine Kontaktadresse gibts leider nicht. Wir hoffen, daß die St. Augustiner Schüler uns gelegentlich eine zukommen lassen. Die Red.**

PROTEST GEGEN EINEN RICHTER KOSTET ACHT MONATE KNAST

KÖLN
3. SEPTEMBER

Im ID 244 haben wir über den Kölner Richter Somoskeoy berichtet. Er macht sich als besonders aufmerksamer Hüter der freiheitlichen Grundordnung einen Namen, indem er Gegner und Kritiker der Grundordnung zu hohen Strafen verurteilt. Durch sein großes Engagement kam es zu vielen Kundgebungen gegen ihn, so auch im Jahre 1975, nachdem der Richter Somoskeoy fünf Antifaschisten verurteilt hatte, einen zu zwei Monaten Knast. Heinrich Böll hatte gegen dieses Urteil protestiert und es als Gesinnungsurteil bezeichnet, was auch ihm ein Ermittlungsverfahren einbrachte.

Bei einer Kundgebung wurde auch Uwe Carstensen verhaftet, wegen ‚schwerem Landesfriedensbruch und schwerer Körperverletzung' angeklagt und zu acht Monaten Knast verurteilt, obwohl zahlreiche Zeugen die Anklage widerlegten. Am 2. Oktober 1978 muß Uwe Carstensen seine Strafe antreten. In einem Brief berichtet er über Zusammenhänge zwischen Kündigungen, seinen politischen Aktivitäten als Betriebsrat und der Verurteilung:

Im November 1974 begann ich bei der Firma Elektrohaus Bernhard Günther, Venloerstr. 46 - 48 (Hans-Böckler-Platz). Der Chef dieser Firma ist einer der Chefs der Kölner Handwerksinnung, sitzt im Aufsichtsrat der Kölner Bank und ist langjähriges CDU-Landtagsmitglied. Ich war knapp 6 Monate in der Firma beschäftigt, da sollte es Betriebsratswahlen geben. Ich kandidierte natürlich auch. Aber bevor die Wahl zuende war, hatte ich das Kündigungsschreiben in der Hand. Das kam so: Ende März 1975 wollten Neo-Nazis wie die Jungnationalen, NPD und Stahlhelm, in der Altstadt eine Veranstaltung durchführen. Ich beteiligte mich mit mehr als Hundert anderen an einer Protestkundgebung und dem Versuch, solche Nazi-Zusammenrottungen zu verhindern. Plötzlich stand ein alter Be-

kannter vor mir und wollte zur Stahlhelmveranstaltung: Herr Günther, Juniorchef der Firma Elektrohaus Bernhard Günther. Einige Tage später führte das zur Kündigung wegen „ungünstiger Auftragslage". Jetzt weiß ich auch, warum Sie mehrmals Gerichtstermine hatten, bemerkte mein Chef.

Anschließend begann ich bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Deutz, Eisengießerei, als Betriebselektriker. Als ich das erste Mal zu einem Gerichtstermin mußte und deshalb nicht zur Arbeit kommen konnte, gab es schon dumme Gesichter. Als aber der Aufsichtsrat von KHD Mieterhöhungen für das KHD-Ausländerwohnheim beschloß, der Betriebsrat zustimmte und ich mich gegen diese Mieterhöhung aussprach, war es aus. Plötzlich lagen Photos, die mich im Gespräch mit türkischen Kollegen im Wohnheim zeigen, im Personalbüro — türkische Faschisten hatten sich als dreckige Spitzel hervorgetan. Plötzlich wußte auch der Werkstattleiter, daß ich Verfahren „am Hals" habe und vorbestraft bin. Grund genug, die Kündigung zu schreiben und vom Betriebsrat absegnen zu lassen.

Meine nächste Arbeitsstelle war der Kölner Schlachthof. Ich beteiligte mich als NGG-Mitglied (Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten) an den Betriebsratswahlen, bekam sogar die meisten Stimmen und wurde Betriebsratsvorsitzender. Weil die Löhne teilweise erheblich unter 1000 .— DM netto lagen, wollten alle Kollegen mehr haben. Als auf meinen Antrag hin die gesamte Belegschaft auf einer Betriebsratsversammlung die Forderung nach allgemeiner Lohnerhöhung um 150 .— DM für alle forderte, wurde die Geschäftsleitung schwer aktiv. Ich mußte plötzlich ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Als ich aus dem Urlaub zurück kam, hatte der engste Freund der Geschäftsleitung im Betriebsrat den Vorsitz übernommen. Wenig später erhielt ich ein Gewerkschaftsausschlußverfahren wegen „Unterstützung der KPD". Es wurde mir verboten, Sprechstunden abzuhalten und während der Arbeitszeit meine Aufgaben als Betriebsrat wahrzunehmen. Mir wurde nachspioniert. Als schließlich nach einem weiteren halben Jahr die Löhne immer noch nicht erhöht waren, und die Kollegen immer wütender wurden, war ich nicht mehr „haltbar". Am 19. Januar 1977 erhielt ich die fristlose Kündigung wegen „Störung des Betriebsfriedens" und Beleidigung von Geschäftsleitung und Betriebsratsmitgliedern. Daß der Betriebsrat dieser Kündigung nicht zugestimmt hatte, glaubte die Geschäftsleitung und auch die Herren Stadtverordneten von SPD und CDU im Aufsichtsrat übergehen zu können.

Das Arbeits-Landgericht Düsseldorf aber mußte die Kündigung in 2. Instanz aufheben. Kein Kollege wollte gegen mich aussagen. Meine Einstellung wurde aber solange hinausgezögert, daß inzwischen neue Betriebsratswahlen durchgezogen werden konnten. Das Arbeitsgericht lehnte alle Anträge auf Einstweilige Verfügung zur Wiedereinstellung ab. Auf kaltem Wege wurde ich so trotzdem aus dem Betriebsrat entfernt. Allerdings mußte mich die Fleischversorgung Köln FVK GmbH, Betriebsgesellschaft des Schlacht- und Viehhofes Köln wieder einstellen.

Aber ich hatte kaum zwei Monate dort gearbeitet, schon stellte mir die Staatsanwaltschaft Köln die Strafantrittsaufforderung zu: 8 Monate Strafvollzugsanstalt Münster ab 2. Oktober. Ein gewisser Herr Peters, Aufsichtsratsvorsitzender, und ein gewisser Schützinger, Geschäftsführer der FVK GmbH, können zufrieden sein. Was sie nicht geschafft haben, erledigte die Staatsanwaltschaft Köln. Der Betriebsrat Carstensen ist nicht mehr Belegschaftsmitglied."

Kontakt: Uwe Carstensen, Kuenstr. 17, 5000 Köln, Tel.: 0221 / 73 04 74

GERD SCHULZ (JERRY) IN ITALIEN VERURTEILT UND ANDERES ....

FRANKFURT September '78 *Wir veröffentlichten im ID Nr. 242, S. 9, den Brief des im Grohnde-Prozeß verurteilten Gerd Schulz, genannt Jerry, der im Juli nach der Flucht aus der BRD zusammen mit einer Freundin, Franziska, in Italien verhaftet worden war. Die BRD stellte Auslieferungsantrag, über den aber erst nach dem Prozeß wegen eines angeblichen Autodiebstahls im August in Rom entschieden werden konnte. Die in Jerry's Brief erwähnte Freundin schrieb uns einen Brief, den wir hier weitgehend veröffentlichen:*

„Liebe Leute! Hab Jerry's Brief gelesen, den ihr abgedruckt habt und muß noch was dazu erzählen. Bin aus dem italienischen Gitter-Bunker nach dem Prozeß wegen Diebstahls am 25.8. rausgekommen und seitdem ein bißchen unterwegs und treffe auf manches Erstaunliche. Zuerst mal der Brief: da Jerry mit in meinem Namen geschrieben hat, muß ich da was klarstellen! Habe die Italiener keineswegs schlapp oder uninformiert in Sachen Anti-Atomkraft gefunden — die sind nicht gradezu auf uns „Erfahrene angewiesen" gewesen, um sich ihre Gedanken zu machen! Sondern in Italien beginnt dieser Kampf eben erst, und die Formen müssen natürlich erst überlegt werden, auch unter Beachtung der Erfahrungen, die z.B. in der BRD oder Frankreich oder so gemacht wurden! Sodann hat sich in den (spärlichen!) Briefen in den Knast schon bewiesen, daß Jerry's Differenzierungen zwischen MENSCHEN und Ich-weiß-nicht-wem hart anstößt — bei garantiert vielen von euch! Darüberhinaus bin ich dagegen, zu behaupten, daß es in Parma nur zwei oder drei männliche Menschen gab — sollte mensch wohl ‚Freunde' einsetzen. (Das bezieht sich auf folgende Äußerung:..habe sogar zwei oder drei MENSCHEN hier treffen können... (im Knast)). Außerdem ist der italienische Knast auch/gerade für Frauen keineswegs erträglich! Z.B. in Latina sind Mütter mit Kleinst- und Kleinkindern drin — — die Babys, die z.T. grad sprechen und laufen lernten, kannten nur diese Frauen, den harten und phonstarken Umgangston, diese eine Bude, schlimm wie ein Tierheim für herrenlose Hunde, und wenige Quadratmeter ungeliebten, sterbenden Gartens ...— —

Und dann der psychische Zustand der Frauen (in Parma)—: zeitweise doppelt soviele Frauen zusammengepfercht als vorgesehen sein konnte (der Bau ist einige hundert Jahre alt), früher auch schon mal dreimal so viel wie mensch sich erzählte (4-Frauen-Zelle, 8—12 Frauen), obwohl ein ganzes weiteres Geschoß zur Verfügung stünde bei etwas Investition — das war im Männerteil schon anders, besser. Täglich brachen Frauen zusammen, Ärzte kamen arrogant und zu spät, gaben massenweise Beruhigungsspritzen und -tabletten. Kontrolle rund um die Uhr durch Militärs auf Mauer direkt gegenüber den Fenstern der Frauen.Bei uns auch kein Freiraum: eingeschlossen in Zelle oder in Gärtchen.

Jetzt zu Infos: Jerry und ich bekamen jeder 6 Monate und alle möglichen Unkosten, ich bin „begnadigt" und hab' Landesverbot für 3 Jahre — wegen dem Auto, ohne Beweise, klar, aber das Tribunal, der Verteidiger usw. kannten sich gut und hatten auch alle die Ortszeitung gelesen. Überschrift:„Sind die beiden in Parma festgehaltenen Deutschen Terroristen? !" Und folgen diverse Verdunkelungen über unsere Aktivitäten, „Pläne" wie „Reisegepäck". Jetzt oder demnächst wird Jerry in Rom sitzen, da die BRD Auslieferungsbegehren äußert. Und da Rom weder Interesse hat, die Aufmerksamwerdung der Öffentlichkeit abzuwarten (auch die Weiterentwicklung der Anti-Atom-Kraft), noch, Jerry sechs Monate lang vegetarisch zu verpflegen, wenn die „Lösung" sich geradezu aufdrängt: steht zu befürchten, daß er sehr schnell sehr leise und sehr kriminell wieder „Hannover—Sth." dekoriert! Und zwar wegen der Grohnde-Verurteilung (über ein Jahr Haft!), wenn auch vielleicht ein ‚Bewährungswiderruf' oder die ‚Terroristenfahndung' vorgeschoben werden, um die juristische Rutschbahn zu schmieren...

Nämlich – (und das als Beispiel für das, was sie mit vielen von uns machen, um ihre Scheiß-Gesetze gegen uns zu mißbrauchen...). Ich habe einen festen Wohnsitz in einem Dorf. Dieses Dorf ist sehr erschreckt worden, zwei Tage nach unserer Verhaftung in Italy. – Morgens kamen Einbrecher. Vor Schreck hat niemand sie gezählt. Aber es waren bewaffnete Horden, die sich im Gärtchen vorm Häuschen gestapelt haben müssen, so daß mensch sie weithin dunkelgrün schimmern sah. Etliche größere grüne Autos und eine Ansammlung MP-bewaffneter Ochsen also bedrohten die von 'ner Wohngemeinschaft bewohnte Hälfte des uralten morschen Häuschens, und Bildzeitungs-Sprüche blubbernd (Dynamit, Waffen, Terroristen oder so – LÜGEN!) taten sie sich schwer, gesamten Inhalt des Hauses sperrmüllreif zu wühlen. Ich wohne da seit einem Jahr nicht mehr, aber die zogen erst nach Stunden triumphierend ab mit ca. 25 Briefen von früheren Freunden und Verwandten, uralten Schularbeiten, Zahlungserinnerungen und dem ganzen Amtsquatsch, der dadurch endlich mal Beachtung findet; Fotos einer stillgelegten Moorbahn (evtl. Anschlag auf den Torf?) und: eine Schußwaffe, die ich nie sah und laut der Bewohner „..auf einmal dalag..“ ––– seltsam... Und so haben sie es nachträglich geschafft, ein Ermittlungsverfahren wegen „Beteiligung an einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung“ gegen mich und Jerry und Andreas, der mit mir zusammen den Mietvertrag unterschrieben hat, anzuleiern...

Auf die Anfrage, was denn konkret vorliege in meinem Fall, schickte das Bundeskriminalamt kaum was, aber: daß ich an diversen Daten Teilnehmerin an Grohnde-Prozessen gewesen sei! – ich erinnere mich sehr gut an das Lügengewäsch jener Prozeßteilnehmer, die ihre „Kontrollmaßnahmen“ mit dem Hinweis deckten, die Namenslisten und Ausweisfotokopien würden nach jedem Prozeßtag von „Richterhänden“ persönlich vernichtet und hätten also mit evtl. anderen Augen nichts zu tun....

Wir müssen alle Kraft aufbieten, die kriminellen Machenschaften jener Vereinigung, zu der sich auch die Bundesregierung zählt, zu unterbinden! AKW-Gegner sind keine Terroristen! Wenn die nach Terroristen suchen, brauchen sie aus ihrer Bude gar nicht rauszugehen – denn es sind doch wohl die Terroristen, die gegen's Leben kämpfen!“

Kontakt zu Jerry über: **Comitato Antinucleare, Carrara, Via G. Ulivi 9, Wilma Justo.**

HAPPY WAR'S – DAS KURPARK-HAPPENING

BAD SCHUSSENRIED
3. September

„Liebe ID'ler, wieder mal was Ausführlicheres aus Schussenried und – was die Composerin sicher ausflippen läßt – diesmal nichts Handschriftliches. Und noch was, Leute: wir bedanken uns mal ganz offiziell und artig bei der starken Schussenrieder Lobby im ID. Schon die liebevolle Art, wie ihr die meisten unserer Berichte aufmacht, spricht für sich. Herzlichen Dank also! Wir werden euch ja auch demnächst wieder mal sehen: entweder in Schussenried beim Fest Anfang Oktober (das ist eine persönliche Einladung, habt ihr's gemerkt!) uns sonst beim nächsten Alternativzeitungstreffen eine Woche drauf in Braunschweig.“

Gut 120 Leutchen hatten sich an diesem Sonntagnachmittag zu einem von JUZE und MOTZER angekündigten Happening im Schussenrieder Kurpark eingefunden. Gemäß des Mottos: „Die Himmlischen unterstützen den gerechten Kampf für ein selbstverwaltetes JUZE in Schussenried“ stellte sich nach vorangegangenen kühlen Regentagen prompt strahlender Sonnenschein am azurblauen Himmel ein.

Die äußeren Bedingungen waren also ideal, zumal der frischgemähte, kostbare Rasen (natürlich: Betreten verboten) direkt zum Draufherumlümmeln einlud. Es wurde allen Beteiligten bei diesem Anblick so richtig warm ums Herz, und im Nu lagen alle mitten im Park auf einem kleinen, anscheindend extra für uns vor Jahren aufgeschütteten Hügelchen – halb im Schatten der von einer sanften Brise zum Rauschen gebrachten Bäume. Einige Leute machten Musik, viele relaxten, manche quatschten und die Aktivsten trieben einen flauschigen Spielball über den weiten Rasen des Parks oder spielten Federball. Und weil angesichts dieses paradiesischen Flairs die zahlreich versammelten Vierbeiner nicht nachstehen wollten, gab's auch rasante Hundespiele.(Daß sich die 7 Leute aus Neu-Isenburg, die wegen der ID-Ankündigung (Nr. 244) extra an diesem Sonntag nach Schussenried gefahren waren und abends wieder zurückmußten, beim Happening wenigstens von ihrer anstrengenden Fahrt erholten, hoffen wir!).

Das Paradies im Kurpark störten nicht einmal 2 Bullen (pardon: der Ausdruck paßt nicht in's Bild), also zwei auffällige Zivilisten, die nicht genug Fotos von dieser paradiesischen Veranstaltung schießen konnten, sich nach getaner Arbeit sogar fast ein Stündchen zu uns auf den Hügel wagten und sich, mensch lese und staune, in knapp 4 Meter Sicherheitsabstand sogar vom paradiesischen Gelümmel anstecken ließen – ohne Rücksicht auf Grasflecken in ihrer feinen Kleidung. Aber dafür kriegen sie ja sicherlich Schmutzzulage. Wahrscheinlich hatten sie es, um's Paradies noch einmal zu strapazieren, eben diesem paradiesischen Feeling zu verdanken, daß sie nicht einfach zum Teufel gejagt wurden.

Und damit wird's ein bißchen weniger lustig. Wir hatten dieses Happening im MOTZER angekündigt, erhielten daraufhin schriftlich von Bürgermeister Kohler Kurpark-Verbot und den eindeutigen Hinweis, Polizei und Staatsanwaltschaft seien verständigt. Wir schrieben zurück, das Happening finde natürlich statt, er verbot's uns nochmals, die Monopolzeitung in unserer Region sekundierte mit der Formulierung, „am Sonntag könne in Bad Schussenried wieder mit polizeilichen Ermittlungen gegen Jugendliche gerechnet werden“ und die Lokalpresse hoffte hämisch, „daß es happy wird“ – das Kurpark-Happening. Wahrscheinlich freute sich der Berichterstatter schon auf knüppelschwingende Bullen, die uns erst gar nicht in den Park reinlassen.

Wir selbst waren an diesem Sonntag also durchaus auf einen Polizeieinsatz gefaßt, der uns – obwohl er ausblieb – allerdings nicht verdroß, weil's ohne schöner war. Allerdings rechnen wir mit einem Nachspiel von Seiten der Stadtverwaltung. Denn mit der leben wir ohnehin auf Kriegsfuß. Bürgermeister Kohler z. B. verlangt vom JUZE eine Distanzierung von der Aktion der „Bewegung 2. Mai“ (Datum der JUZE-Schließung), die Ende Juni gefälschte Einladungsschreiben zur Gründung einer Bürgerwehr an 200 Bürger verschickte und die städtischen Repräsentanten in einem Schreiben, das im MOTZER abgedruckt wurde, als „bornierte Schweine“ apostrophierte (vgl. ID 236). Wir distanzierten uns nicht, obwohl wir tatsächlich nichts mit der Sache zu tun hatten und uns nur klammheimlich darüber freuten. Daß das Verhältnis JUZE – Stadtverwaltung/Gemeinderat in unserem 6000 Einwohner-Städtchen jetzt natürlich erst recht gespannt ist, versteht sich fast von selbst.

4 – Tage – Fest in Schussenried

Und zu allem Überfluß wollen wir von der Stadt für ein viertägiges Fest vom 5. – 8. Oktober in Schussenried jetzt auch noch den eben fertiggestellten städtischen Festplatz mieten, weil er sich aufgrund seiner Lage und technischen Ausstattung für diesen Zweck weit besser eignet, als eine große Wiese, die wir wir in der Rückhand haben. Mal sehn, wie sich das entwickelt. Das Fest wird aber auf jeden Fall stattfinden. Wir wollen an den 4 Tagen mit Leuten aus der JUZE-Bewegung der ganzen

BRD diskutieren (auch Vertreter von Alternativzeitungen, die aus der JUZE-Bewegung entstanden sind,sollten kommen). Daß natürlich auch sonst alle Leute willkommen sind, die sich an Aktionen für ein neues selbstverwaltetes JUZE in Schussenried beteiligen, versteht sich von selbst. Nachmittags und abends gibt's im 1000-Personen-Zelt Musik- und Theaterveranstaltungen.

Obwohl das Wetter nach unseren bisherigen Erfahrungen (ihr wißt:,,Die Himmlischen unterstützen ...") großartig wird, ist's nachts sicher sehr kühl und morgens neblig, weshalb ihr euch am besten kleidungs-, schlafsack- und zeltmäßig darauf einrichtet. (Näheres im nächsten oder übernächsten ID!) Und noch was: der erste Vorschlag des Schussenrieder Bürgermeisters Kohler für ein neues ,,Jugendzentrum" war vor wenigen Tagen in der Presse zu lesen: Ein Kuratorium aus 3 Gemeinderäten und und je einem Vertreter der 15 ortsansässigen Jugendorganisationen (Sportjugend, ... incl. JUZE e.V.) soll die Trägerschaft über ein noch nicht definiertes ,,Jugendhaus" übernehmen, in dem die Stadt alle ,,Auswüchse" des alten, selbstverwalteten JUZE ausmerzen will. Was wir davon halten, könnt ihr euch sicher denken!

Kontaktadresse: **JUZE, c/o Uli v.d. Berge, Wuhrstraße 29, 7953 Bad Schussenried.**

Uhr mit dem Abstellen der Zimmerschellen, die nachts die wachhabende Erzieherin warnt, wenn jemand sein Einzelzimmer verläßt, und endet um 21.30 Uhr, wenn die nächste Erzieherin „Gute Nacht" sagt und die Warnglocke einschaltet.

In der ersten Juli-Woche sind 19 Mädchen abgehauen, acht von ihnen wohnen im Moment im ehemaligen „Schwedenheim" in der Eilenriede beim Lister Turm, das von ihnen besetzt ist. Ein Mädchen ist in der MHH (?) wegen ihrer medikamentösen Behandlung im Heim. Das Diakonische Werk hat in einem Gespräch mit der Heiminitiative das „Angebot" gemacht, daß sich die Mädchen freiwillig beim Paritätischen Wohlfahrtsamt melden. Es würde dann auch auf einen Fahndungsantrag an die Polizei verzichtet werden. Das Heim sei aber nach wie vor in der Pflicht, „der Mädchen habhaft zu werden, und sie in seine Obhut zu nehmen". Es gehe darum, den Mädchen zu helfen. ..."

. . .

In freiwilliger Gefangenschaft

In der Subkultur der evangelischen Heime regieren zwei Dinge: die offene Ausschließung und Strafeund die heimliche Versprechung der Befreiung

. . .







BIRKENHOF UND CHRISTLICHE HEIMERZIEHUNG

HANNOVER August 1978

Der Birkenhof in Hannover ist ein geschlossenes Mädchenheim der evangelischen Kirche, dessen Erziehungsmethoden von dem Sozialarbeiter Peter Brosch und der „Heiminitiative Hannover" hart kritisiert werden (siehe ID Nr. 234, Seite 28).
Die Stadtzeitung für Hannover „Fragezeichen" veröffentlicht in ihrer Sommernummer einen ausführlichen Artikel zum Birkenhof und zur christlichen Heimerziehung überhaupt. Hier Auszüge daraus:

„Der Birkenhof hat 120 Heimplätze, von denen 108 belegt sind. Diese Plätze sind auf neun Gruppen, sogenannte „Familien", verteilt. Jede „Familie" hat eine „Familienmutter". In jeder Gruppe gibt es eine Sondergruppe – die „Aufstiegsgruppe". In ihr sind jeweils etwa drei Mädchen, die sich durch ordentliches Verhalten hervorgetan haben. Sie dürfen das Heim zu kurzen Besorgungen verlassen, erhalten auch ab und an einen Brief noch verschlossen und dürfen selbst Briefe auch verschlossen abgeben. Es gibt Extrazigaretten, Einkaufsfahrten mit einer Erzieherin und Wochenendspaziergänge in der Eilenriede. Die freie Zeit am Abend ist pro Woche eingeteilt: ein gründlicher Putzabend, ein Stopfabend, ein Hausaufgabenabend, zwei Besuchsabende, an denen ein Mädchen ein Mädchen einer anderen Gruppe für eine Stunde besuchen darf. Der Tag beginnt um sechs

Natürlich kommen die Erzieher(innen), die nicht nur keine Skrupel haben, sondern ,,von der Sache selbst" überzeugt sind am besten darin aus – und auf die Dauer bleibt niemandem etwas anderes übrig, als von ihr überzeugt zu sein. Denn alles, die Einteilung der Freizeit (der Dienstplan wird alle zwei Wochen neu festgesetzt), der persönliche ,,Umgang" (der Erzieher als Vorbild, zu enger Kontakt unter den Mitarbeitern ist nicht gerne gesehen), selbst die Wohnungen sind auf das Funktionieren des Heimes zentriert.

Zu Anfang kommt man nach Hause und heult sich vielleicht den Druck vom Leibe, weil man zwischen Erlebtem, ,,normalen" Sauereien und eigener (Selbst)-Verpflichtung zur Arbeit nur das Gefühl der Ohnmacht besitzt. Oder man knallt sich vor den Fernseher. Es gibt nur den einen Gedanken. Später dann ist das Heim zum Mittelpunkt des Lebens geworden. Viele langjährige Erzieherinnen rufen während ihrer freien Tage dreiviermal ihre ,,Familie"an, ob auch alles normal verläuft. Vielleicht stimmt es, daß die Erzieherinnen die schlechteste Position innerhalb der strikten Hierarchie des Heims haben. Sie sind das Scharnier, mittels dessen die Tür des Heims je nach Belieben der Heimleitung oder nach Widerstand oder Anpassung der Mädchen geschlossen gehalten werden kann. Sie sind die Leine, die die Herren in ihrem großartigen Entwurf der Heimerziehung zwischen sich und dem Objekt ihrer Erziehung gespannt haben. Eine achtzigjährige ehemalige Heimerzieherin des Birkenhofs schrieb einen Leserbrief an die HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung): ,,Mit 18 ist ihre Zeit um und sie

können mit ihrem Leben machen was sie wollen, und viele haben Fuß gefaßt. Die Familienmütter aber bleiben in freiwilliger „Gefangenschaft" im Haus zurück, opfern ihr ganzes Leben dem Benühen, den Mädchen ein Heim und ein Familienleben zu geben, und nichts anderes tat das gesamte Heim". „Ich saß am Ende der Arbeitszeit weinend und tief enttäuscht auf meinem Stuhl, und ich war die Gequälte – nicht die Mädchen. Die Schwere meiner Aufgabe erschien mir übermenschlich hart, beileibe nicht „menschenunwürdig", um das vielzitierte Wort aller feindlichen Angriffe gegen den Birkenhof zu nennen."

Selbst schuld!

Der eine Ausweg für die Erzieherinnen, die so nicht weiter machen wollen – davon gibt es viele, das ist ein Schwachpunkt in der Wirklichkeit dieses Systems – ist, die Arbeit niederzulegen. Aber es ist eben nicht eine Arbeit wie andere, und deshalb ist dieses Aufhören stets mit Schuldgefühlen verbunden. Einmal von außen die Vorwürfe anderer: „Daß viele junge Erzieherinnen nicht bleiben wollen, kann ich verstehen, sie werden mit den Mädchen nicht fertig; es fehlt ihnen die Erfahrung" (ein anderer Leserbrief). Oder die Selbstvorwürfe, mit dem Ausscheiden die Mädchen allein in den Händen der weniger skrupellosen Erzieherinnen zu lassen, mit der ganzen Situation nicht zurecht gekommen zu sein.

Immer ist es die eigene Schuld, niemals ist es die Ordnung, sondern die, die mit ihr nicht zurecht kommen, Internierte ebenso wie die, die sie internieren: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß in unserem Rechtsstaat 108 „unschuldige" Mädchen hinter einem „DDR-Zaun" gefangengehalten werden. Zu den Verletzungen bei Ausreißversuchen kannich nur sagen, der Verstand eines Jugendlichen müßte doch soweit reichen, daß er weiß, daß wenn er über einen Zaun oder aus einem Fenster springt, er sich dabei verletzen kann". (Leserbrief) – Die Rechtfertigung des „angeblichen ‚DDR-Zauns' läuft mit dem selben Zynismus und derselben Unredlichkeit ab, wie die DDR ihren Zaun verteidigt. Der Zaun ist zum Schutz der Eingezäunten da, ebenso der Hund des Nachtwächters usw.; die Automatische Selbstschußanlage ist nur der verlängerte und längste Arm solcher Rechtfertigungen: Man löst den Schuß auf sich selbst aus: Selbst Schuld – warum bist du draufgetreten! „Wenn die Mädchen sich verletzen, haben sie ganz alleine schuld. Schließlich ist der Birkenhof ein geschlossenes Heim" (Leserbrief einer ehemaligen Mitarbeiterin des Birkenhofs)

Kontakt: „Fragezeichen"-Redaktion, c/o Internationalismus Buchladen, Königswortherstr. 19, 3000 Hannover, Postfach 3003 / Heiminitiative Hannover, Michael Laube, Fössestr. 51, 3000 Hannover 91.

"ES LEBE DIE ÖKOLOGISCHE REVOLUTION!"

FRANKFURT August 78 *Das folgende Ökomanifest stammt aus einem Mitteilungsblatt der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), nämlich aus der jungen Stimme, 4/78:*

"Die Lebewesen stehn in ständiger Wechselbeziehung zueinander und sind abhängig von bestimmten Lebensgrundlagen wie Klima,Boden usw. Es herrscht ein ökologisches Gleichgewicht. Alle Lebewesen sind Teile der Natur und von ihr abhängig. Der Mensch verfügt über die Fähigkeit sich die Natur nutzbar zu machen. Dadurch verändert sie sich. Es geht um die Frage der Zukunftsicherung für kommende Generationen, um den Fortbestand der Menschen und Völker sowie um ein menschenwertes Leben. Die Rohstoffvorkommen sind begrenzt. Trotzdem wird unkontrolliert geplündert, das Wachstum wird immer weiter in die Höhe getrieben, oft für unsinnige Dinge, z.B. Leben im Überfluß bei den Reichen, Wohnsilos die leer stehen. Der Schutz der Natur und Umwelt ist unerläßliche Vorbedingung für die Erhaltung des menschlichen Lebensraumes und der Volksgesundheit. Volks- und Lebensschutz müssen daher zu einem leitenden Gedanken der Politik erhoben werden. Den Großkonzernen, insbesondere den multinationalen Konzernen, welche maßgeblichen Einfluß auf die Politik haben, ist es gelungen, die Einkehrung ökologischen Vernunftdenkens zugunsten des eigenen Profits zu verhindern. Die Entwicklung der Gemeinschaft darf in Zukunft allein an der Selbstverwirklichung des Menschen, der Gemeinschaften, die sich in Völkern und Staaten darstellen, und schließlich der Menschheit selbst gemessen werden. Das Ökologieverständnis der NPD ist humanistisch und antimaterialistisch, wir wollen nicht kapitalistisches und marxistisches quantitatives Wachstumsdenken, nicht Zerstörung der Lebensgrundlagen durch rigorose Ausbeutung von Mensch und Natur, sondern den Einsatz für ein neues, qualitatives Wirtschaftsmotiv, das eine gesunde und naturgerechte Umwelt ermöglicht. Nationalisten treten ein für die Rettung des Planeten Erde. Als Nationalisten, die unser Volk lieben und andere Völker achten, stellen wir daher folgende Thesen zu Fragen der Ökologie und zur Zukunftssicherung auf:

1. Die Existenz- und Lebenssicherung unseres Volkes und der Völkergemeinschaft ist oberster Leitgedanke.
2. Haupt- bzw. Gesamtverantwortung für den Lebens- und Umweltschutz müssen der Staat und damit die politisch Verantwortlichen tragen.
3. Aktiver Lebensschutz kann nur durch das gemeinsame Zusammenwirken der Völker und Staaten geleistet werden. Die europäische Zusammenarbeit in allen ökologischen Bereichen ist zu verwirklichen.
4. Die Umwandlung der Wachstumsgesellschaft in eine Gemeinschaft, in der ökologisches Gleichgewicht herrscht, muß erfolgen. Die Menschheit muß den Schritt vom quantitativen zum qualitativen Wachstum tun. Wachstum ist nur insoweit zu vertreten, wenn Wachstum nicht Vernichtung der Naturlandschaft, die Plünderung bzw. Ausplünderung unserer Bodenschätze bzw. die Verkümmerung der Leistungsfähigkeit des Menschen bedeutet.
5. Eine Industrialisierung ist nur insoweit zu vertreten, wenn diese den Naturhaushalt nicht negativ bzw. einschneidend umweltgefährdend beeinflußt.
6. Öko-, Produktions- und Wirtschaftssystem sind nicht einzeln, sondern nur im Zusammenhang zu betrachten.
7. Volks- und Lebensschutz orientieren sich an folgenden Punkten.: Erhaltung der Volksgesundheit, Sicherstellung einer einwandfreien Volksernährung, Aufrechterhaltung eines ökologischen Gleichgewichts, Beseitigung von Umweltgefahren; bei allen Maßnahmen muß die erstrangige Haftung des Verursachers durchgesetzt werden.
8. Die Gestaltung der Kulturlandschaft darf sich nicht nur an ökonomischen Zweckmäßigkeiten orientieren, sie muß menschengerecht und lebensrichtig sein.
9. Durch eine Umwandlung von Natur- in Kulturland darf der Naturhaushalt nicht gefährdet werden.
10. Das Interesse der Volksgemeinschaft hat dort Vorrang vor den Privatinteressen, wo nicht vermehrbare Lebensgüter vorliegen wie Grund und Boden, Wasser, Freizeit- und Erholungsgebiete.
11. Lebens- und menschengerechte nationalistische Politik steht im Widerspruch zu der kapitalistischen 'Wegwerf- und Profitgesellschaft' und der marxistischen 'Produktions- und Planungsgesellschaft'. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen des Menschen, des Volkes und der Völkergemeinschaft, sowie an den

existentiellen und lebenswichtigen Erfordernissen.
12. Die Durchsetzung eines neuen Ökologieverständnisses erfordert grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und tiefgreifende Umstellungen.

Die NPD bekennt sich zum Volks- und Lebensschutz, sie ist ökologisch zuverlässig. Vorwärts mit der NPD für ein neues Ökologieverständnis – es lebe die ökologische Revolution!"



ANTIFASCHISTISCHER ERMITTLUNGSAUSSCHUSS

GÖTTINGEN
[illegible] AUGUST

Aus einer Presseerklärung des Ermittlungsausschusses:

„Im Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen, der seit über einem halben Jahr gegen Neofaschismus und seine Duldung und Förderung arbeitet, hat sich ein „Ermittlungsausschuß gegen NPD/JN/NSDAP" gebildet.

Der Ermittlungsausschuß will anhand von konkretem Material das ganze Ausmaß der Entwicklung faschistischer Gruppen vor allem in Niedersachsen und besonders den organisierten Hintergrund dieser Entwicklung nachweisen. Dabei sind wir auf die Mitarbeit aller Antifaschisten, Antifaschistischen Arbeitskreise, Jugendzentren, Journalisten, Alternativ- und Schülerzeitungen und fortschrittlicher politischer Gruppen angewiesen – um dieses Material zu sammeln und um es der demokratischen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können.

Wir brauchen unter anderem Fotomaterial über bekannte oder unbekannte Faschisten, aber auch Berichte über Jugendlager und militärische Übungen, Arbeit der Nazis an Schulen und Propagandamaterialien aus allen Bereichen – z. B. auch Anti-AKW-Bewegung und Umweltschutzbewegung . . .

Der Ermittlungsausschuß hat in einer kleinen Broschüre einen Überblick über die Situation in Niedersachsen, sowie einige besonders wichtige und dringende – z. B. aufgrund laufender Anzeigen oder Prozesse – Einzelfälle zusammengestellt. Diese Broschüre kann bestellt werden beim

Arbeitskreis Antifaschismus c/o Buchladen Rote Straße/ Rote Straße 10, 3400 Göttingen

GORLEBEN – DISKUSSION ZUM KONZEPT FÜR DEN WIDERSTAND

FRANKFURT
7. September

Im ID Nr. 241 druckten wir Auszüge ab aus dem Konzept für den Widerstand, wie es die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und einige andere vorgeschlagen haben. Dabei hatten wir gerade jene Teile weggelassen, auf die sich die inzwischen eingetroffenen Diskussionsbeiträge am ausführlichsten beziehen. Einverstanden sind sie meistens mit den konkreten Aktionsvorschlägen – breit diskutiert wird der (in der Nr. 241 fehlende) Satz über die Gewaltfreiheit der Aktionen.

Ich kenne eine ähnliche Auseinandersetzung aus einer Berliner Bürgerinitiative. Wochenlang war es auf den Plenen nur mit Mühe möglich, anderes zu besprechen als die Worte „gewaltfrei" und „Gewalt". Dabei ging es nicht einmal um bestimmte Aktionen, sondern um Begriffe.

So lief der Plausch dann jedesmal auf den einzigen Inhalt raus: was tun wir, wenn wir der Polizei gegenüberstehen? Das war dann ein weites Feld für Strategen aller Art, jeder mit einem Marschallstab zwischen den Augen.

Denjenigen, die auf Seiten der Gewaltfreien diesen Begriff zur Abgrenzung benutzten, standen mindestens ebensoviele gegenüber, die alle diejenigen für keine wirklichen Kraftwerksgegner erklärten, die in der großen Schlacht nicht den höchsten Sinn des Widerstandes sahen. Abgrenzungen hier – und dort, ein allseits beliebter Ping-Pong-Ball. Es waren nicht von ungefähr diejenigen, deren Gedanken nicht vornehmlich um die richtige Schlachtordnung kreisten, denen eine Fülle von Aktionsformen einfielen.

Im Kleinen wie im Großen: ohne ein gewaltfreies Wyhl hätte es kein gewaltiges Brokdorf gegeben. Die Anti-AKW-Bewegung hat in ihren späteren Aktionen von dem Vertrauensvorschuß gelebt, den sie sich in Wyhl erworben hatte.
Karl/ID

Wenn im Zusammenhang mit den geplanten Aktionen gegen die WAA Gorleben das Postulat der Gewaltfreiheit erhoben wird, muß betont werden, daß dabei nicht die bürgerliche Definition von Gewalt zugrunde liegen kann. Denn danach sind selbst „gewaltfreie" Blockaden, Besetzungen und go-ins schon als Gewalt sanktioniert, ganz zu schweigen von gezielten Sachbeschädigungen. Daher sollte allen klar gesagt werden, daß gewaltfrei konzipierte Aktionen tatsächlich massenhaften Charakter annehmen sollen, dann darf weder ein Dogma der Militanz noch ein Dogma der Gewaltfreiheit aufgestellt werden. Das würde nur zu einer unsinnigen und abstrakten Gewaltdiskussion führen, die die inhaltlichen Fragen des ökologischen Widerstands in den Hintergrund drängen würde.
Reinhard Öko-Gruppe/ID

1. Ansatzpunkte für mögliche Aktionen
- Energieversorgungsunternehmen (fast alle Mitglieder der DWK)
- die DWK selbst
- AKW-Standorte
- voraussichtliche Standorte für Zwischenlager
- Zulieferfirmen für AKW und WAA (z.B. Siemens)
- Bohrungsfirmen
- Regierungssitze
- Forschungsinstitute

2. Aktionsmöglichkeiten
Die Aktionen sollen gewaltfrei (von unserer Seite aus muß die Verletzung von Menschen ausgeschlossen sein) und möglichst

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 70 43 52
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

nicht anonym sein. Jeder muß vorher abwägen, welches Risiko er einzugehen bereit ist, denn bei einigen Aktionsformen muß mit Festnahmen gerechnet werden. Die breite Palette der Aktionsformen reicht von der informierenden Öffentlichkeitsarbeit über vielfältige Arten des Protests bis hin zur wirksamen Behinderung der Bauarbeiten. Jede dieser Aktivitäten ist nötig, aber der Erfolg hängt davon ab, ob und wann es uns gelingt, die Aktionen der höchsten Eskalationsstufe auf möglichst breiter Basis durchzuführen.

Proteste
Straßentheater, Mahnwachen, begrenzter Hungerstreik, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Telefonblockaden, Märsche, Fahrrad- und Bootsdemonstrationen, „Atommüllverteilung, „Atommülltransporte", etc.

Behinderungsaktionen
Blockaden durch viele „kaputtgegangene" Autos, „Menschenteppiche", Türen verketten, zumauern, Ankettung an Schienen zur Asse, go-ins bei (Un-)Verantwortlichen der E-Werke etc. Alle Aktionen sollten durch gute Pressearbeit begleitet werden. Innerhalb der Gruppen sollte es Telefonketten und Alarmplan zumindest für den Tag X geben. Bei Aktionen, bei denen mit Zusammenstößen mit der Polizei zu rechnen ist, sollten die Teilnehmer vorher gemeinsam abklären, wie sie sich verhalten, daß sie sich z.B. bei Knüppeleinsatz zusammen zurückziehen, oder sich gemeinsam wegtragen lassen.

Bundesweite Koordination
Damit die Gruppen Bescheid wissen, was in den anderen Städten geplant ist und damit die Presse benachrichtigt wird, sollte jede Gruppe die BI Lüchow-Dannenberg möglichst früh informieren, was sie vorhat.

Das Zweite Aktionswochenende findet statt vom 27. – 29. Oktober 1978. Auf dem nächsten Freundeskreistreffen vom 10. – 12. November 1978 in Trebel wird das Aktionswochenende ausgewertet. Plakate für den „Tag X" könnt ihr beim nächstgelegenen Freundeskreis bestellen.
Kontakt: **Büro der BI Lüchow-Dannenberg, 3120 Lüchow, Drawehner Str. 3, Tel. 05841/4684, Mo–Fr 15.30 – 18.30, So 10.00 – 12.30.**

BETRIFFT POLIZEIKAMPAGNE

Aus der Zusammenarbeit der Freundeskreise in der BRD mit der BI Lüchow-Dannenberg hat sich die Idee entwickelt, gleichzeitig mit den Widerstandaktionen gezielt Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) über die Beweggründe und die Form unseres Widerstandes aufzuklären.

Beginnend mit dem zweiten Aktionstag zu Gorleben am 27. Oktober wollen wir mit einer Pressekonferenz diese Kampagne bundesweit bekanntmachen. Dazu haben wir ein Flugblatt für die einzelnen Polizisten und Bundesgrenzschützer sowie einen Offenen Brief für die regionale Presse, die Verantwortlichen in Polizei- und BGS-Führung und die Gewerkschaft der Polizei erstellt. In dem Flugblatt werden die Gefahren der WAA und Endlagerung geschildert. Wir begründen unser Recht auf Widerstand und stellen unsere gewaltfreien Aktionen dar. Wir fordern auf, sich mit der Rolle der Polizei auseinanderzusetzen, sich der Verantwortung zum Schutz allen Lebens selbst zu stellen und Möglichkeiten der Information bis hin zur Umgestaltung oder Verweigerung des Einsatzes wahrzunehmen.

In dem offenen Brief an die Verantwortlichen und Pressestellen informieren wir über diese Kampagne, widersprechen der Propaganda der „Schlacht um Gorleben", die die Grundlage der Einsatzplanung bisher gewesen ist. Dagegen stellen wir unser tatsächliches Vorgehen und fordern öffentlich auf, diese Diffamierungen und die Vorbereitung der Gewalteskalation einzustellen.

Da diese Aktion neu ist und deren Ausgang noch offen, sollte jeder seine Vorurteile zurückstellen und sich an der Erprobung dieses Experiments beteiligen. Also: *Contact your next police-station!* Das Polizeiflugblatt und den Offenen Brief könnt ihr bei allen Freundeskreisen der BI-Lüchow-Dannenberg bestellen. (siehe ID 235)

MÜNSTER „Liebe Freunde! Der Arbeitskreis Umwelt Münster hat das von euch vorgeschlagene Widerstandskonzept diskutiert und möchte dazu Stellung nehmen und weitere Vorschläge machen:

1. Wir befürworten euren Gedanken, den Widerstand stufenweise aufzubauen und sehen euer Konzept von daher als eine gute Diskussionsgrundlage für alle Bürgerinitiativen an.
2. Wir halten es aufgrund der besonderen Wichtigkeit der Wiederaufbereitungsanlage für das Atomprogramm und aufgrund der Tatsache, daß wahrscheinlich bald mit der Verwirklichung der WAA begonnen werden soll, für unbedingt erforderlich, daß sofort in allen Städten durch die Bürgerinitiativen eine breite und gründliche Informationsarbeit über die Bedeutung und Gefährlichkeit der WAA begonnen wird. Diese Kampagne sollte von Aktionen usw. begleitet sein, wobei der Phantasie keine Grenzen gesetzt sein sollten.
3. In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, daß der in eurem Vorschlag für die 1. Phase vorkommende Begriff der „gewaltfreien Aktion" wegfallen sollte. Wir alle wissen, daß über die Form des Widerstandes unterschiedliche Vorstellungen existieren und auch ein Begriff wie „Gewaltlosigkeit" unterschiedlich interpretiert werden kann. Andererseits wird aber gerade durch Verwendung eines solchen Begriffs von seiten der AKW-Bauer versucht, die Bewegung in „gute" und „schlechte" zu spalten. Um solchen Spaltungsversuchen nicht Vorschub zu leisten, sind wir der Meinung, daß das Wort „gewaltfrei" in dem Vorschlag nicht vorkommen sollte.
4. In allen Bürgerinitiativen sollte sofort das weitere Vorgehen bezüglich Gorleben diskutiert werden und Veränderungsvorschläge gemacht werden. Auf den nächsten Landeskonferenzen sollte bereits mit der regionalen Vorbereitung und genaueren Planung der sechs dezentralen Großdemonstrationen begonnen werden.
5. Auf der Grundlage der Diskussion in den einzelnen Landeskonferenzen und der bereits in der ersten Phase (Informationskampagne, kleinere Aktionen) gemachten Erfahrungen sollte bald eine Arbeitskonferenz aller Bürgerinitiativen stattfinden, auf der eine Einigung über das Vorgehen in der 2. Phase stattfinden sollte.
6. Neben diesem Punkt sollten auf der Arbeitskonferenz bereits Vorüberlegungen über die Vorbereitung der internationalen Großdemonstration als Höhepunkt der Gorleben-Aktionen angestellt werden."

Kontakt: **Arbeitskreis Umwelt, c/o F.H. Lammersdorf, Hornstraße 30, 4400 Münster.**

DORMAGEN Antwort auf die Stellungnahme der BI Hoheluft Hamburg zum Widerstandskonzept gegen die WAA Gorleben (s. ID 243).

Liebe Freunde,
zunächst möchten wir einige Fehleinschätzungen von euch zur Gewaltfreiheit korrigieren:

– „gewaltfrei" und „militant" ist kein Widerspruch. Militant (lat.) heißt kämpferisch. Kämpferische Elemente sind auf jeden Fall in der Gewaltfreien Aktion enthalten. Könnte es sein, daß ihr meint, militärische Widerstandsformen nicht ausschließen zu wollen?
– Im Widerstandskonzept sind gewaltfreie Aktionen nicht auf die erste Phase beschränkt, wie ihr behauptet. Sie sollen Grundsatz und Leitlinie von Beginn bis Ende des Widerstands sein. Vermutlich ist euch nicht bekannt, welche gewaltfreien Möglichkeiten es gibt. Dazu einige Beispiele:

1. ÖFFENTLICHKEIT HERSTELLEN

Ablehnende Formen

Protestmarsch, Fahrraddemonstration, Mahnwache vor Energieversorgern, Katastrophen-Theater, Filmvorführungen, Aufkleber „Energieverschwender", Protestbesuche bei AKW-Arbeitern.

Konstruktive Formen

Soziodrama „Katastrophenübung" mit Tausenden von Teilnehmern, Ausstellung „Umweltfreundliche Energie", Expertengutachten, Volkshochschule bauen.

2. EINGRIFF IN DAS SOZIALE SYSTEM

Ablehnende Formen

Energiesparkampagnen, Stromrechnungen handschriftlich abrechnen oder mehr als gefordert überweisen, Groß-Demonstrationen an AKW's, Kampagnen gegen das örtliche E-Werk, Boykott von Veranstaltungen der Atomindustrie, Hungerstreik.

Konstruktive Formen

Bau eigener Energieerzeuger, Gründung alternativer E-Werke und wirtschaftlicher Unternehmungen, Einflußnahme in Aktionärsversammlungen, Grüne Listen, Alternative Arbeitsplätze für AKW-Arbeiter erkunden und anbieten, Aufkaufen von Bau-[illegible]zgelände.

3. AUSSCHALTUNG DES SOZIALEN SYSTEMS

Ablehnende Formen

Strompreisboykott, längere gewaltfreie Bauplatzbesetzungen, Prozeßlawine gegen Anti-AKW-ler erzwingen, wichtige Leitungen zu AKW's außer Funktion setzen, Sit-in bei AKW-Betreibern und Zulieferern, AKW-Arbeiter am Zugang zum AKW hindern, die Fahrt zusammen mit AKW-Arbeitern auf AKW-Gelände erzwingen, Vernichtung von AKW-Unterlagen bei Betreibern und öffentlicher Verwaltung.

Konstruktive Formen

Alternative Verwendung des Strompreisboykott-Geldes, Diebstahl und Veröffentlichung von Katastrophenplänen, auf AKW-Gelände alternative Energiequellen bauen, alternatives Stromnetz benutzen, Umwandlung von energiefressende in energiesparende Produktionsstätten erzwingen.

Aktionen, die Gewalt nicht ausschließen, können bzw. müssen ein gewaltfreies Widerstandskonzept zum Scheitern verurteilen (verschiedene Aktionen mit Gewalt machen gewaltfreie Formen völlig unwirksam, die Öffentlichkeitsarbeit wird versaut ...). Deshalb unsere Frage an die BI Hoheluft: Ist euch das Recht auf gewaltsame Aktionen wichtiger als der mögliche Erfolg eines großen Teils der Bewegung, welcher sich auf Gewaltfreiheit geeinigt hat? Im übrigen: Ist für euch die Höhe eines erreichten Sachschadens Ausdruck für die Stärke des Widerstandswillens? Für uns selbst wäre ein vermeidbarer Sachschaden lediglich Ausdruck von Schwäche und mangelnder Phantasie bei unseren Versuchen, Widerstand zu leisten.



Zu einer zentralen Großdemonstration in Gorleben:

— Seid ihr darüber informiert, daß die Mehrheit der Bevölkerung in und um Gorleben allem Anschein nach durch eine Großdemonstration in ihrem Engagement eher abgeschreckt als bestärkt würde? (vgl. die Erfahrungen aus dem Sommercamp '78).

— Wollt ihr der Polizei und dem Bundesgrenzschutz Gelegenheit geben, für einen Bürgerkrieg um Gorleben die Generalprobe abzuhalten?

— Ist eine Übersättigung der Bevölkerung in Hannover mit Großdemonstrationen schon Grund genug für eine Großdemonstration in Gorleben? Wir befürworten eine Bundeskonferenz der BI's wegen Gorleben. Thema sollte aber nicht eine „Großdemonstration in Gorleben", sondern das Widerstandskonzept gegen die WAA sein.

Kontakt: **BI Gewaltfrei gegen AKW, c/o Rainer Praetorius, Jussenhovener Straße 10, 4047 Dormagen.**

HAFENLOHR - KRONACH: TALSPERREN IM VERBUND

KRONACH
5. SEPTEMBER

Liebe ID'ler,
eine kleine Ergänzung zu euren Berichten über die Proteste gegen die geplante Trinkwassertalsperre im Hafenlohrtal.:

Der selbe generalstabsmäßige Wasserversorgungsplan für Bayern, der für die Hafenlohrtäler Sperren vorsieht, faßt auch im Landkreis Kronach im FRankenwald eine für diesen Landkreis bereits zweite Talsperre ins Auge. Auch hier können die Planer nicht mit einer widerstandslosen Verwirklichung ihrer Pläne rechnen. Der Bund Naturschutz hat am 1. September zu einer Protestversammlung eingeladen, auf der viele der betroffenen Bauern waren (insgesamt etwa 150 Leute); zu Wort kamen überwiegend eher offizielle Sprecher. So war die Tonart des Protestes auch sehr zurückhaltend, im Interesse der Einstimmigkeit beim Verfassen der Protestresolution wurden keine Einzelheiten näher besprochen. Es wurde auch, anders als im Hafenlohrtal, unwidersprochen hingenommen, daß an der Stelle, wo die geplante Staumauer einmal hinkäme, in einer schon geschlagenen Waldschneise und auf Talwiesen Probebohrungen laufen; niemand hat an die Möglichkeit des Einspruchs der Grundstücksbesitzer oder der Gemeinden gedacht, auf deren Gemarkungen die Bohrungen laufen!

Sehr deutlich wurden aber die grundsätzlichen Probleme: Die langfristigen Infrastrukturplanungen gehen davon aus, daß die nicht stark industrialisierten Randregionen sich als ergänzende Stützpfeiler für die soziale und Umweltzerstörung verplanen lassen, die in den Ballungszentren ihren Fortschritt erlebt: Als Überflutungsgebiet für Wellen landschaftshungriger Großstädter, die am Wochenende und in den Ferien eine auf ihre normierte Erfahrungswelt zugeschnittene Landschaft mit Trimm-dich-Pfaden, Pony-Reiten, Grillplätzen, markierten Wanderpisten usw. genießen wollen; und als Wassereinzugsgebiet für die Ballungszentren, damit dort die Kraftwerke und Industrieanlagen gekühlt und die Badewannen, Klos und Spülmaschinen der im Zeitstreß stehenden Städter gefüllt werden können. Bereits heute verbrauchen z. B. die bayrischen Ballungszentren etwa 145 Liter Wasser pro Kopf und Tag, während es z. B. hier im FRankenwald nur 100 Liter sind. Die also eher noch „rückständig" lebenden Leute hier sollen es dann dulden, daß landschaftlich schöne Täler überschwemmt und großräumig selbst für Fußgänger übergesperrt werden, zumindest aber als TRinkwassertalsperren weder zum Baden noch zum Bootlefahren benutzt werden dürfen. Bei der ersten TRinkwassertalsperre hier im Landkreis führte das da zu, daß die Leute in Nordhalben bei Spaziergängen im Norden an die Stacheldrahtverhaue der DDR-Grenze und im Südosten

an die Schildergrenze: Trinkwasserschutzgebiet: Betreten bei Strafe verboten — stießen. Zwar sind diese krassen Sperren inzwischen wieder aufgehoben worden. ABer die Bauern dürfen z. B. die im Talsperrenschutzgebiet liegenden Wiesen und Felder nicht düngen (weder mit Naturdung noch mit Kunstdünger) — und bei der geplanten Talsperre im Krennitz- und Dobertal wäre das mangels Ersatzland für die meisten Bauern aus den anliegenden Dörfern das sichere Ende ihrer Landwirtschaft.

Inzwischen hat ein amtliches Verwirrspiel begonnen, mit Schachzügen der Bezirks- und Landesregierung: in Wirklichkeit wäre die Talsperre gar nicht geplant, es handle sich nur um rein vorsorgliche Eventualüberlegungen usw.

Sicher ist aber, daß derartige Planungen nur dann wirksam bekämpft werden können, wenn ihnen das Argument eines steigenden Wasserverbrauchs fehlt. Und dazu können nicht nur die bösen Industriellen beitragen , sondern auch wir alle. Das an die Adresse derjenigen, die in Frankfurt mit Anti-Atomsonnen rumfahren und trotzdem sich zu fein sind, ihre Flaschen in die recycling-container zu werfen. Diese Scherben kommen nämlich großteils in den Kreis Kronach, gell!

Kontakt: W. Erler, Wurbach II, 8641 Marktrodach

UNKRÄUTER PASSEN SICH AN

FRANKFURT
7. SEPTEMBER

Normalerweise bereitet die Bekämpfung der Vogelmiere im Maisanbau mit einem Unkrautbekämpfungsmittel auf der Grundlage von Atrazin keine besonderen Schwierigkeiten. Als beim Einsatz dieses Mittels in einem niederbayrischen Landwirtschaftsbetrieb die erhoffte Wirkung ausblieb, vermutete man deshalb zunächst Fehler bei der Anwendung.

Versuche der Bayrischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenanbau, erbrachten jedoch den Nachweis, daß es sich hier um eine Anpassung des Unkrauts an den verwendeten Wirkstoff handelt. Dies ist sehr bemerkenswert, da man derartige Resistenzerscheinungen gegenüber Pflanzenschutzmitteln im allgemeinen nur bei pflanzenschädlichen Insekten, Milben oder Pilzen kennt. Für Unkräuter sind bislang nur wenige Fälle beschrieben, in denen der wiederholte Einsatz eines bestimmten Mittels über längere Zeit zur Auslese unempfindlicher Typen führte.

Aber es ist immerhin ein ernstzunehmender Hinweis dafür, daß bei langjährigen Monokulturen und einseitigem Einsatz immer des gleichen Wirkstoffes Probleme durch widerstandsfähig gewordene Unkräuter auftreten können.

aus: Der Hessenbauer

URAN–MAFIA SCHLÄGT ZU

FREIBURG,
7. September 78

Am 5. September 78 wurde Joachim Schnorr vom Arbeitskreis Strahlenschutz (AKS) von der Polizei in seiner Wohnung in Freiburg verhaftet. Der Haftbefehl lautet auf "Versuchten Mord". Schnorr soll versucht haben, einen Mitarbeiter der Uranabbaugesellschaft "SAARBERG–INTERPLAN" mit dem Auto zu überfahren.

Der Arbeitskreis Strahlenschutz ist im Sommer dieses Jahres von Freiburgern gegründet worden, um den beiden Uranabbaugesellschaften "SAARBURG-INTERPLAN" und "UNRUH", die im Schwarzwald (u.a. in Menzenschwand, Ellweiler, Mähring und Poppenreuth) nach Uran schürfen, auf den Zahn zu fühlen.
Die AKSler verschafften sich Zutritt zu den genannten Bergwerken, besuchten außerdem Aufbereitungs- und Anreicherungsanlagen in Karlsruhe, Malville und Pierrelatte sowie Forschungszentren der Atomindustrie und des Militärs. So versuchten sie - was ihnen auch hin und wieder gelang - Unterlagen einzusehen. Sie nahmen außerdem in den urangefährdeten Abbaugebieten Messungen mit dem Geigerzähler vor. Sie fanden z.B. in Menzenschwand heraus, daß die Strahlungsdosis oftmals 0,4 millirem/pro Stunde (!) beträgt. Die zugelassene Dosis liegt bei 30 millirem pro Jahr. Das Urangestein liegt ungeschützt in der Gegend herum und wird mit Lastwagen durch die Landschaft gekarrt. Eine der beiden Firmen schüttet mit dem Uranabfall-Schotter-kostenlos- Waldwege und Straßen auf.
Die genannten Firmen behaupten, das Uran zu Forschungszwecken — also in kleinen Mengen abzubauen. Der AKS fand heraus, daß der Abbau im großen Stil betrieben wird.
Der Arbeitskreis erklärt, daß er bewußt illegal in die Bergwerke eingedrungen ist und sich unter Vorwänden Zutritt zu den Firmen verschafft hat. Er hält seine gezielten Aktionen im Sinne des Strahlenschutzes aber für legitim, weil niemals von ihm gestohlen oder Sachschaden angerichtet noch Personen gefährdet worden sind.

Zu einer ersten Verhaftung von Joachim Schnorr und seinem Kollegen Edgar Klementz kam es während eines Versuches, die Strahlungswerte in einem Uran-Bergwerk bei Baden-Baden zu messen. Die beiden AKSler wurden von drei Mitarbeitern des Stollens bedroht. Sie flüchteten in ihr Auto Einer der Angestellten versuchte, sie mit geschwungener Spitzhacke aufzuhalten. Die beiden gaben Gas und fuhren weg. Dieser Vorfall war der Anlaß für eine Großfahndung mit Hubschraubern und etwa 100 Polizisten. Sie suchten Schnorr und Klementz, die in einer Baden-Badener Gaststätte gegessen hatten. Als die beiden des zu ihren Ehren aufgebotenen Heeres ansichtig wurden, versuchten sie, zu Fuß in die Stadt zu gelangen. Nach ihrer Festnahme (sie hätten versucht, einen Uran-Arbeiter zu überfahren, hieß es im Haftbefehl) vermeldete die Lokalpresse "Terroristen nach Schießerei und Großfahndung verhaftet". Die Schießerei war Dichtung, die Großfahndung bedrohliche Wahrheit. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung wurden beide am nächsten Tag wieder freigelassen.
Gleichzeitig wurde die Wohnung Schnorrs, die gleichzeitig das Büro des AKS ist, durchsucht. Beschlagnahmt wurden Personen- und Telefonkartei, Photos, Dokumentationen und sogar das Lay-out für eine geplante Dokumentation.
Die Uran-Mafia ging zum Angriff über. Am 2. September jagten etwa zehn bei der Firma "UNRUH" Beschäftigte — unter ihnen der Junior-Chef des Unternehmens → Joachim Schnorr vom Kurhaus Menzenschwand aus fünf Kilometer durch die Landschaft. Sie prügelten ihn krankenhausreif. Schnorr konnte in eine Gaststätte flüchten. Der Wirt derselben, Bürgermeister a.D. Waßmann, holte Hilfe. Schnorr mußte verletzt ins Krankenhaus Neustadt eingeliefert werden. Er erstattete Anzeige gegen den 35-jährigen Bauingenieur Rolf Unruh wegen Nötigung und Körperverletzung.

Dies war nicht die einzige Verfolgungsjagd, der die AKSler ausgesetzt waren. Sie wurden sowohl von der Atom-Mafia gejagt als auch von der Polizei ständig überwacht und kontrolliert.
Weiter gehts mit Schwarzwälder Wildwest: Joachim Schnorr wurde am 5. September ein zweites Mal verhaftet. Die Staatsanwaltschaft besteht auf dem "versuchten Mord", obwohl das Leben im Schwarzwald bisher nur für den potentiellen "Mörder" lebensgefährlich war. Und nicht nur für ihn, sondern für alle Bewohner.

Zum Schluß: Angeblich wird das Uran mit einer staatlichen finanziellen Förderung von 80 Prozent "nur zu Forschungszwecken" abgebaut. Tatsache ist, daß, um die teuren Wiederaufbereitungsanlagen in der Bundesrepublik effektiv auszunutzen, der Uranabbau im Schwarzwald gesteigert werden muß und wird. Die Bundesrepublik könnte bei voller Ausnutzung des Vorkommens von ausländischen Lieferanten unabhängiger werden. Der Landesbeirat für Umweltschutz, Dr. Reichelt, stellte fest, daß hier der Staat mit seinem Forschungsauftrag (auf Grundlage des EUROTOM-Vertrages) eine "riesige Umweltschweinerei" decke.

Der Arbeitskreis plant eine Dokumentation
Zu bestellen über: Joachim Schnorr, Fehrenbachallee 58
7800 Freiburg

BELGISCHE ANWÄLTE GEGEN DIE TRENNSCHEIBE

BRÜSSEL
SEPTEMBER

In der deutschen Wochenzeitung ‚Die Zeit' erschien am 28. Juli eine von 190 deutschen Anwälten unterschriebene Anzeige, die gegen Zensur, Kontaktsperregesetz und die Trennscheibe in deutschen Knästen protestierte. Diese Anzeige hat verschiedene belgische Gruppen motiviert, den Text der Anzeige zu übersetzen und als Presseerklärung an die belgische Presse zu verschicken und eine Erklärung zu verfassen, in der sie sich gegen das Modell Deutschland aussprechen. Unterzeichnet haben unter anderen die ‚Europäische Verteidigerassoziation', die ‚Vereinigung demokratischer Juristen' (die der belgischen kommunistischen Partei nahesteht), das ‚Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in der BRD' und die ‚Coordination Croissant', eine Gruppe, die sich während der Auslieferung Croissants aus Frankreich gebildet hatte.

Kontakt: Coordination Croissant, 104 rue de Paquerettes, 1030 Bruxelles



DIE MORAL IN DER BRITISCHEN ARMEE

FRANKFURT
6. September

In der Nacht vom 18. auf den 19. August wurden in acht Städten der BRD acht Bomben gegen die Briten gelegt. Verantwortlich hat sich niemand erklärt. Von aufmerksamen Lesern der nationalen und internationalen Presse, erhielten wir einen mehrseitigen Bericht, in dem die Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee zum Anlass genommen wurden, über die Berechtigung des bewaffneten Kampfes im allgemeinen und die schwindende Kampfmoral der britischen Soldaten im besonderen, zu schreiben. Wir zitieren aus dem Bericht eine Passage, in der über Entlassungsgesuche in der britischen Armee und einen von der IRA abgefangenen Brief eines britischen Offiziers erzählt wird.

DIE RHEINARMEE UND DIE MORAL DER BRITEN

„Folgende Beispiele und Zitate mögen die Moral der Briten näher beleuchten: die 'Irish News' schrieb am 18.2.78: "Ein britischer Soldat, der an einem Nato-Manöver in Norwegen teilgenommen hatte, bat erfolgreich um politisches Asyl in Schweden, weil er nicht mehr am Krieg in Nordirland sich beteiligen wollte".

Am 13. Februar hatte die selbe Zeitung berichtet: "Die Zahl der Offiziere der britischen Armee, die um Entlassung baten, ist um über 60 % gestiegen. 1977 waren dies genau 444 höhere Chargen, die als Grund angaben a) schlechte Bezahlung b) Umstrukturierung der Rheinarmee c) Zwang zur Intervention im Streik der britischen Feuerwehrleute und d) der Einsatz in Nordirland".

Der Guardian vom 6.3. zitiert einen in Belfast stationierten Corporal, der berichtet, daß über 50 % der Briten seines Regiments davon sprächen, die Armee zu verlassen. Ein rangniederer Soldat kommt in demselben Bericht zu Wort: "Was macht die Armee hier? Unser Job ist es, Ziele für die IRA zu sein".

Ein Jugendlicher, der verhaftet worden war, nachdem in Ballymurphy/Belfast eine britische Patrouille in einen Hinterhalt der IRA geraten und ein Brite aus diesem nicht mehr lebend herausgekommen war, berichtete, daß die Soldaten, die ihn in einem Saracen-Panzer in die Kaserne brachten, während der Fahrt noch immer heftig zitterten und blaß wie gerade gebleichte Bettlaken waren. Sie hatten - wie immer - den Ort des Geschehens schnellstmöglich verlassen.

Als abschließendes Beispiel sei erwähnt, daß es der IRA kürzlich gelungen ist, in das interne Postsystem der britischen Armee einzudringen und zahlreiche Briefe sicherzustellen, von denen einige (s. Republican News v. 17. und 24.6.78) die erschütterte Moral der Briten eindringlich belegen. In einem Brief eines Offiziers namens 'Mike', Crossmaglen, South Armagh an Captain Roddy Riddelen in Warminster/England lamentiert Mike über den gewaltsamen Tod des Oberst Cordon-Lloyd, seines Zeichens im Jahre 1972 Nachrichtenoffizier des Mord- und Folterspezialisten Frank Kitson, (welcher sich seit geraumer Zeit in Lübbecke (Nieder-Sachsen) rumdrücken soll) der zu den Insassen eines Helikopters gehörte, auf den die IRA im Februar mit einem ihrer neuen M-60 Maschinengewehre erfolgreich geschossen hatte. Jener Mike schreibt angesichts des Ablebens seines Vorgesetzten: "Sein Tod hatte eine niederschmetternde Auswirkung auf uns alle, und der Impetus, der von ihm auf alle unsere Operationen ausging, ist sehr schwer wiederherstellbar". Und Mike fährt fort: "Die Situation hat sich hier beträchtlich verschlechtert, seit du hier weg bist; die Schießereien haben zugenommen, genauso wie echt zahlreiche unangenehme Knalle, der letzte in Gestalt einer 200 Pfund schweren Bombe unter den Hinterrädern des Autos des Sgt. Ray Kyle im Gebiet von Creggan, was er wie durch ein Wunder überlebte." Offen und ehrlich bekundet Mike weiter: "Die IRA hat es noch nicht geschafft, uns zum Teufel zu jagen, aber wir machen uns keine Illusionen darüber, daß sie die Möglichkeit, dies zu schaffen, nicht hätte".

"ENTSCHEIDEN, KONTROLLIEREN! UM AUF DEM LAND ZU BLEIBEN!"

LARZAC
August 78

Von beteiligten Urlaubern/ Unterstützern:

"Am Wochenende 26./27. August 78 fanden zwei große Aktionen auf dem Larzac statt. Unter der Parole 'Decidar, controlar, per demorar al pais!' kamen am Sonnabend die Bauern des Larzac zusammen, um die Ernte auf dem Gelände des seit 1976 der Armee gehörenden Hofes 'Le Pinel' einzubringen. Vorausgegangen waren am 17.12.77 das Pflügen von ca. 15 Hektar und am 22.4. 78 die Aussaat von Gerste auf diesem Armee-Land. Illegal wie die gesamte Aktion, die der Erhaltung der landwirtschaftlichen Zweckbestimmung des Terrains Nachdruck verleiht, sind bereits etliche Bauten auf dem Larzac, die trotz Verweigerung jeglicher Baugenehmigung im Bereich des Camp-

Erweiterungsprojekts in den letzten Jahren errichtet wurden. Zur Ernte in 'Le Pinel' kamen über 1000 Bauern, Arbeiter und Aktive aus den Larzac-Komitees, vor allem aus der benachbarten Kreisstadt Millau. Die Armee, die sich mit einem Kommando im Hofgebäude eingeigelt hatte, hielt sich während der Ernte-Aktion vollkommen zurück. Das Verkaufergebnis der Ernte (ca. 20 Tonnen im Wert von ca. DM 6000,--) soll auf Beschluß der Lazarc-Vollversammlung in eine Unterstützungskasse der am meisten von der katastrophalen ökonomischen Entwicklung der Region betroffenen Arbeiter in der Kreisstadt Millau fließen (wo die Arbeitslosigkeit bei 15 % liegt). Die Bauern wollen sich auf diese Weise für die vielfältige Unterstützung bedanken, die sie im unmittelbaren Kampf gegen das Militärcamp von seiten der Arbeiter erhalten, und darüberhinaus wollen die Bauern und Arbeiter auf diese Weise demonstrieren, daß sie sich gemeinsam der Militarisierung und der Verwüstung durch die kapitalistische Ökonomie und Politik entgegenstellen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß sich die Arbeiter eines seit dem 20. Januar aus Prostest gegen die drohende Schließung besetzten Betriebes (Heizgerätewerk Henfer in Millau) an dieser Aktion aktiv beteiligen. Durch diese und andere Moblisierungen unter der Arbeiterschaft in Millau ist die dort stark vertretene KP mitsamt ihrer Gewerkschaft CGT, die sich seit Jahren aus dem Kampf um den Larzac herauszuhalten versuchten, gezwungen worden, jetzt eine gewisse taktisch-positive Position dazu einzunehmen. Ähnliches gilt für den linksliberalen Bürgermeister von Millau, der in Worten ein entschiedener Gegner der Camp-Erweiterung ist.

Ebenfalls am Wochenende 26./27. 8 fand im Dorf Pierrefiche du Larzac eine Fete statt, die einen finanziellen Ertrag von über DM 9000,-- erbrachte. Dies Geld ist für den Ausbau der Straße von Pierrefiche zum Nachbardorf La Resse bestimmt, wovon auch die besetzten Höfe im besonders armen Nordosten des Larzac (Cavalies, Montredon) profitieren. Der Ausbau dieser Straße in Selbsthilfe ist zugleich eine Demonstration gegen ein Straßen-Neubauprojekt, das den Einwohnern mit großen Zuschüssen vom Verkehrsministerium aufgedrängt werden sollte, Die Einwohner hatten sofort den Verdacht, daß man ihnen hier von oben eine Kraftprobe aufzwingen wollte: Der Plan diente allzu offensichtlich allein militärischen und touristischen Zwecken; die neue Straße würde geschickt um die Grenze des geplanten erweiterten Militärcamps herumführen, während die existierende Straße mitten durch dieses Gebiet hindurchgeht. Daher blockierten die Bauern am 20. April den anrollenden Bulldozer (der ohnehin in der engen Ortsdurchfahrt steckengeblieben war) und stoppten ihm zum zweiten Mal am 25. April, als er um die Ortschaft herum durch bebaute Felder hindurch wieder zu vorgesehenen Baustelle dirigiert werden sollte. Bei diesem zweiten Versuch setzten sich über 40 Leute vor den Bulldozer. Der anwesende Gerichtsvollzieher, die Bullen und der reaktionäre Bürgermeister der Großgemeinde La Roque Sainte Magueritte registrierten schriftlich, daß der Bulldozer behindert wurde, sie weigerten sich aber, den vom Bulldozer angerichteten Feldschaden zu protokollieren. Damit war für die die Bauern endgültig klar, daß ihnen hier etwas gegen ihr Interesse aufgezwungen werden sollte. Sie legten offiziell Einspruch gegen den Straßen-Neubau ein. Dieser Vorgang wurde zur Komödie: Der zuständige Bürgermeister von La Roque Sainte Magueritte ließ sich von einem starken Bullenaufgebot beschützen, die Bauern durften nur zu zweit und nicht alle auf einmal das Rathaus betreten. Inzwischen ist der Zuschuß des Ministeriums, den die Bauern nun für ihre alte Straße (Asphaltierung) verlangten, total gesperrt worden. Der Ertrag der Wochenendfete ist daher nun der Anfang des ersten illegalen Straßenbaus auf dem Larzac.

Kontakt: Heidi Burmeister, Volker Tonnät, Geschwister-Scholl-Str. 11, 2000 Hamburg 20
oder: Larzac Universités Populaires, Mme Odette Clavel, 4, rue Droite, F-12100 Millau

ATOMKRAFT – NEIN DANKE-UHREN BEI LIP

MARCKOLSHEIM
September 78

Der Platzbesetzer-Zeitung "Was wir wollen" vom 21. August 78 haben wir den Bericht über eine Solidaritätsaktion mit der besetzten französischen Uhrenfabrik LIP (siehe ID 239/240) entnommen:

"Seit Bestehen der alten Platzbesetzerzeitung in Marckolsheim haben wir immer auch über andere Kämpfe um Selbstbestimmung berichtet. Wer weiß heute noch, daß erst der intensive Widerstand im Larzac gegen die Ausweitung des Militärs auf Bauernland zu einer Diskussion und Solidarität in ganz Frankreich geführt hat und damit auch den Boden bereitet hat für die erste Besetzung im Elsaß, in Marckolsheim. Dazwischen aber lag noch die Weigerung der LIP-Arbeiter, ihre Fabrik und damit ihre Existenz aufzugeben. Sie haben damals auch ihre Fabrik besetzt und in eigener Verantwortung weiterproduziert. Ursprünglich hatte die Firma nicht nur Uhren, sondern auch militärische Meßgeräte hergestellt. Jetzt werden statt dessen medizinische Geräte entwickelt. Zwischen diesen drei Widerstandsherden hat es immer eine direkte Kommunikation gegeben, bei Aktionen haben sie sich gegenseitig unterstützt, unter dem gemeinsamen Ziel: 'Nicht für den Krieg (Tod), für das Leben kämpfen wir!'
Keiner dieser Kämpfe ist endgültig gewonnen. Marckolsheim ist weiter als AKW-Standort ausgewiesen. Im Larzac geht ein Stacheldraht mitten durch eine Farm, die eine Seite besetzt durch Militär, die andere durch eine Bauernfamilie. Diese Familie lebt wie viele andere auch in direkter 'Illegalität' auf militärisch beanspruchtem Boden, abgeschnitten von öffentlicher Versorgung, das heißt staatlicher Versorgung, z.B. mit elektrischer Energie. Wenn man sieht, wie selbstverständlich die Leute dort ohne Strom leben, kommen einem die endlosen Diskussionen um den Stromzahlungs-Boykott geradezu lächerlich vor. Was haben wir schon zu verlieren im Vergleich dazu? Auch bei LIP hat es dieses Jahr wieder eine Razzia gegeben, um das Uhrenlager zu beschlagnahmen. Viele Solidaritätsaktionen haben geholfen, das schlimmste zu verhüten. Bei der Überlegung, wie wir uns gegenseitig unterstützen könnten, sind wir dann auf die Idee gekommen, eine LIP-Anti-AKW-Uhr zu vertreiben. Wir glauben, daß das eine bessere Zusammenarbeit darstellt, als immer nur mit Gewerkschaften über die Gefährdung der Arbeitsplätze durch AKW zu reden. Da wir die Bereitschaft zur aktiven Solidarität nicht genau zahlenmäßig im voraus einschätzen können, haben wir uns folgenden Modus überlegt. Bei mindestens 100 Bestellungen der Sonnenuhr, kann sie von LIP für DM 50,-- produziert werden, dazu kommt Porto, inbegriffen Garantie und Service. Wir bitten nun alle Anti-AKW- und sympathisierenden Gewerkschaftsgruppen, ihre Möglichkeiten zu überprüfen und uns ihre Fest-Bestellungen zu schicken, wir geben dann die Gesamtbestellung ab 100 Uhren an LIP weiter. Wir hoffen so, mit wenig Organisation und Aufwand, einen effektiven Beitrag zum gemeinsamen Kampf ums Überleben gefunden zu haben."

Kontakt: "Was wir wollen", Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg



HELSINKI-GRUPPEN IN DEN USA

NEW YORK
August '78

Dieser Bericht kommt von Peter Paul Zahl: Am 21. August 1971 wurde im Zuchthaus San Quentin der schwarze revolutionäre Schriftsteller George Jackson („Soledad Brother – In die Herzen ein Feuer") auf Weisung von Staatsschutzorganen (Los Angeles Polizei-Hauptquartier, Abteilung zur „Bekämpfung krimineller Vereinigungen) ermordet.

Am 9. September 1971 erhoben sich im Staatsgefängnis Attica, New York, 2000 Gefangene, nahmen Geiseln, besetzten einen Hof, gaben sich ihre eigene Ordnung; auf Weisung des Gouverneurs Rockefeller stürmte die Nationalgarde den besetzten Knast und ermordete 43 Männer, darunter elf Wärter (vgl. Richard X. Clark, Attica. Trikont Verlag).

Am 5. April 1972 wurde kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis der schwarze „Kriminelle" und Revolutionär James Carr erschossen – von „Unbekannten" im Auftrage von Staatsschutzorganen. Carr hat wie kaum ein anderer die Gewalt Brutalität und Subkultur, den Rassen- und Klassenkampf im US-Zuchthaussystem beschrieben (Carr, Die Feuer der Freiheit. Nautilus, Hamburg).

In den Gefängnissen des Bundesstaates Maryland wurden Experimente, medizinische Testreihen mit Malaria- und Cholera-Erregern an Gefangenen durchgeführt. Jahrelang. 113 Testpersonen sind bis auf den heutigen Tag krank.

Zwischen 1950 und 1973 wurden in den USA bei Polizei-„Einsätzen" und „-übergriffen" 6000 Menschen umgebracht. In fünf Monaten kam es in San Francisco zu 200 Fällen von Polizeibrutalitäten, darunter eindeutigen Morden, begangen an Chicanos (Mexiko-Amerikaner). Dies dokumentierte kürzlich eine Bürgerrechtsorganisation auf einem Treffen in New Orleans.

Bürger- und Menschenrechte in den USA, im Zeichen der „Schlußakte von Helsinki"!

Tausende von Gefangenen in über 30 Bundesstaaten, Knastgruppen, liberale und linke Bürgerrechtsorganisationen arbeiten nunmehr seit über anderthalb Jahren an einer Kampagne, die massiven Menschenrechtsverstöße durch staatliche Organe in den Vereinigten Staaten vor die UNO zu bringen. Subjekt und Kläger sind die Gefangenen selbst. In der zuständigen Unterkommission der UNO in Genf unterstützte bislang nur Cuba das Anliegen der Gefangenen und der Unterstützergruppen.

Eines der Zentren des Protestes bleibt das Zuchthaus Attica im Staate New York. Die McKay-Kommission, die das Massaker vom September 1971 untersuchte, stellte in ihrem Bericht fest, daß „mit Ausnahme der Indianermassaker Ende des 19. Jahrhunderts der Angriff der Staatspolizei, der den viertägigen Aufstand beendete, das blutigste eintägige (einseitige) Gefecht zwischen Amerikanern seit dem Bürgerkrieg war". Die Truppen hatten 2200 Schuß auf unbewaffnete Gefangene und ihre Geiseln – denen kein Haar gekrümmt worden war! – abgefeuert. Während der sattsam bekannte Verbrecher R.M. Nixon den Schreibtischmörder Nelson Rockefeller, „weil er sich um die Nation verdient gemacht hat", auszeichnete, wurden die lebengebliebenen Gefangenen mit Verfahren überzogen: die Anklagen gegen die 61 zumeist schwarzen Gefangenen, die „Attica-Brothers", ergaben Höchststrafen von insgesamt 60000 Jahren Knast.

Unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit, die es in den USA im Gegensatz zur BRD noch gibt, waren die Gerichte schließlich gezwungen, fast sämtliche Anklagen niederzuschlagen. Acht Brüder aber, darunter zwei Indianer, wurden für den Rest ihres Lebens hinter Gitter geschickt. Ihre wie aller anderen Gefangenen Forderung war gewesen: „Wir sind Menschen, keine Tiere, und wir wollen nicht wie Tiere behandelt werden."

Nach einer gewissen Zeitspanne mit winzigen Reformen (die Farbe der Knastklamotten im Staate New York wurde geändert), kehrte in Attica wieder der Alltag ein. Die Repression wurde (das ist in den USA wörtlich zu nehmen) mörderisch. So wurde etwa eine Appellation von Gefangenen gegen Ku-Klux-Klan-Wärter vom Bundesgerichtshof negativ beschieden: diese seien zur Resozialisierung der - in Attica zu 85% Schwarzen! – Gefangenen durchaus geeignet. So bildete sich im Frühsommer dieses Jahres innerhalb der Knastmauern eine klandestine Organisation, die Attica Brigade. Sie besteht aus Gefangenen, die ihre Lage erkannt haben und sich und ihre Lage, die Lage von über 90% der Gefangenen, als politisch begriffen.

In einem ersten Papier analysieren sie die Gefangenenbewegung in den USA, insbesondere Hintergründe und Auswirkungen des '71er Aufstandes, und faßten die Forderungen ihrer Brüder in einem 32-Punkte-Katalog zusammen. Als Teil der US-amerikanischen Bürgerrechts- und Antirepressionsbewegung, als der sich die Brigade begreift und als der sie auch von dieser akzeptiert wird, kennt sie ihr Risiko, das sie zwangsläufig in einer ‚rassistischen und faschistischen Umgebung" laufen. Ihre und aller anderen Gefangenen Lebensversicherung kann nur aus einer hellwachen Öffentlichkeit bestehen. Für den September 1978 – sieben Jahre nach dem Massaker – wurden alle Gefangenen in den Knästen im Staate New York zu einem Generalstreik aufgerufen!

Protestbriefe sollten an Governor Hugh Carey, State Capital Building, Albany, New York, gerichtet werden. Interessierte und Knastgruppen wenden sich an: **Prisoners Committee to U.N., c/o NCDPP, P.O.Box 1184, Harlem, New York, 10027** oder **ATTICA NOW, 219 E. 10. Street, New York, N.Y. 10003.**

George Jackson, der in der Gefangenenbewegung ein wichtiges Instrument sah, rassische, kulturelle und ideologische Unterschiede und Streitpunkte innerhalb der gesamten Linken zu überwinden, schrieb kurz vor seiner Ermordung: *„Beendet euren Streit; verbündet euch; begreift eure Lage, begreift, daß der Faschismus schon hier ist; daß Leute schon heute sterben, die gerettet werden könnten; daß weitere Generationen sterben werden oder verdammt erbärmlich leben müssen, wenn Ihr nicht handelt!"*

Knast Werl, Modell Deutschland,
24.8.1978

DIE MONTONEROS SIND NICHT TOT

BUENOS AIRES/
FRANKFURT
5. September

Die französische Zeitschrift afrique-asie (Nr. 166 vom 24.7.1978) hat Mitte Juli mit dem „Kommandanten der Montonero-Armee" Horacio Mendizabal in Argentinien ein Interview gemacht, von dem wir Auszüge veröffentlichen. Mendizabal arbeitete während der Regierungszeit Isabel Perons beim Aufbau der Montonero-Armee mit. Im August '75 wurde er gefangenengenommen, konnte später jedoch fliehen und gehört seitdem zu den am meisten gesuchten Personen der argentinischen Militärdiktatur.

Wir drucken das Interview mit dem Montonero-Führer ab, um damit eine Diskussion zu beleben, die während der Fußball-Weltmeisterschaft kaum geführt wurde: die Entwicklung der argentinischen Guerilla-Bewegungen (Montoneros und ERP) unter der Militärdiktatur. Andererseits wissen wir, daß in dem Interview wichtige Fragen der argentinischen Situation nur am Rande angeschnitten werden, etwa wie sich das Verhältnis der

Montoneros zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unter den Bedingungen der Militärdiktatur weiterentwickelt hat. Zur Zeit der Legalität hatten die Montoneros ja als linksperonistische Kraft starken Einfluß in der peronistischen Gewerkschaftsbewegung; nach dem Militärputsch machten sie vor allem Stadtguerilla-Aktionen wie die Entführung von Wirtschaftsbossen usw. – Es fällt auf, daß Mendizabal die andere Guerilla-Organisation in Argentinien, die ERP, nicht erwähnt. Die ERP operierte hauptsächlich als Landguerilla in der Gegend nördlich von Cordoba. Beide Organisationen hatten angesichts der starken Repression – sie werden von regulären Militäreinheiten bekämpft – eine enge Zusammenarbeit beschlossen. Was daraus geworden ist? Warum reden die Montoneros nicht von den mit ihnen im Kampf Verbündeten?

Uns macht skeptisch – und ärgert –, daß die Montoneros sich in dem Interview weiterhin als Avantgarde des Volkes und die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse verstehen, als ob es an solchen Vorstellungen nicht genug Kritik gegeben hätte. Die großspurige Art, in der sie von sich und ihrer Feuerkraft berichten, steht in einem denkwürdigen Gegensatz dazu, daß sie es bereits als „ihren Sieg" begreifen, nicht militärisch von der Diktatur vernichtet worden zu sein.

Angesichts dieser Art, mit der Wirklichkeit umzugehen, halten wir es auch weiterhin für einen Widerspruch, daß von ihren „mindestens 16 Aktionen" die zahlreichen Besucher von Buenos Aires so wenig berichtet haben, und sei es noch so abschätzig. Uns würde auch sehr interessieren, wie die Reaktion der argentinischen Bevölkerung auf die „unübersehbaren" Aktionen der Montoneros ausgesehen haben. Schade, daß Mendizabal darüber nicht redet, sondern stattdessen davon, daß die Montoneros „jedenfalls unbeirrt voranschreiten" werden.

Über die stalinistischen und marxistisch-leninistischen Organisationen ist einmal gesagt worden, ihre Verlautbarungen stünden in einer Tradition von Selbstzensur und Propagandalügen. Das macht es so schwer, bestimmte Kommuniques überhaupt noch zu lesen; aber sie gar nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen, kann nicht die Alternative sein. Deshalb bitten wir alle Gruppen, die sich mit Lateinamerika beschäftigen, uns auf genauere Informationen, die auch Kritik und Selbstkritik in den Widerstandsbewegungen nicht verschweigen, hinzuweisen.
Conrad und Richard vom ID.

Die Montoneros hatten – so ein Kommunique von ihnen – sich dem Boykott der Fußballweltmeisterschaft nicht nur deshalb widersetzt, „weil die Argentinier ihre Auswahl triumphieren sehen wollten und weil sie den Fußball lieben, sondern auch weil so die ganze Welt den kraftvollen Widerstand eines Volkes feststellen konnte, das von nichts in die Knie gezwungen werden würde." Zur Fußball-WM erklärt H. Mendizabal: „Zwischen dem 9. und 25. Juni haben wir mindestens 16 militärische Aktionen verwirklicht. Ich sage ‚mindestens', weil wir Zeit brauchen, um die Informationen von all den in jedem Gebiet des Landes verbreiteten Einheiten sammeln zu können. Wir hoffen, daß insgesamt etwa 30 militärische Operationen zu Ende geführt wurden während der Dauer der WM". Die Montoneros hatten dazu eine militärische „Spezialtruppe" gebildet, mit der besonders Regierungsgebäude attakiert werden sollten. Mendizabal betont, sie hätten „eine der modernsten Panzerabwehrwaffen" eingesetzt „unter denen, die die Infanterie benutzen kann. Das gab uns eine enorme Verstärkung unserer Feuerkraft. ... Dank dieser Waffe konnten wir erreichen: die Residenz des Staatspräsidenten, den Sitz des Generalstabschefs der Armee, die Marineschule, die oberste Kriegsschule, die Schule der Bundespolizei, den Geheimdienst der Armee, alles Objekte, die im Zentrum von Buenos Aires liegen. ... Jeder konnte mit eigenen Augen die Verheerung erkennen, die an den genannten Objekten verübt wurden. Die lateinamerikanische Presse hat viel darüber geschrieben. Es war insbesondere die europäische Presse, die den Mantel des Schweigens darüber ausgebreitet hat. Was uns betrifft, wurden unsere militärischen und politischen Ziele hundertprozentig erreicht."

Im Rahmen des „verlängerten Volkskriegs" bereiten die Montoneros zur Zeit eine „Gegenoffensive des Volkes" vor. „Wir hatten damit Erfolg, umsomehr, als man heute eine sehr breite Wiederaufnahme der Volkskämpfe feststellt. Es gibt also einerseits einen politischen Sieg des Volkswiderstandes, andererseits einen militärischen Sieg. ... Unser Ziel ist es, den militärischen Kampf der Massen zu unterstützen. Unser Sieg hat darin bestanden, der Kampagne der Einkreisung und Vernichtung zu widerstehen, unsere militärische Aktion aufrechtzuerhalten und die Unterstützung des Volkswiderstandes mit Waffen."

Zum Verhältnis der Montoneros zu argentinischen Arbeiterbewegung sagt Mendizabal: „Sicher, man könnte uns vorwerfen, ein paternalistisches Verhältnis zu den Massen zu haben. Das hieße allerdings vergessen, daß wir nicht außerhalb der Kämpfe der Massen stehen, wir leben vielmehr in ihrem Innern. Die militärische Intervention läuft im übrigen nur dann, wenn die politischen Formen des Kampfes in einer bestimmten Situation blockiert sind. Ich nehme das Beispiel einer Textilfabrik im Norden des Landes. Im letzten Jahr hatte die Direktion sehr bedeutende Lagerbestände angesammelt und begann, auf diesem Hintergrund die Arbeiter zu provozieren, indem sie ihnen gewerkschaftliche Errungenschaften wegzunehmen begann, wie die Werkskantine usw. Der nächste Schritt war die Aussperrung, wodurch die Arbeiter zwei Wochen lang der Arbeit beraubt wurden. Die Chefs rechneten dabei mit den Repressionskräften, die ihnen von der Junta zu Verfügung gestellt worden waren. Unsere Militanten in der Fabrik ließen uns wissen, daß spontan Wandparolen aufgetaucht waren, die forderten: ‚Die Montoneros zu uns'. Wir sind gekommen. Im Verlauf einer Versammlung mit den Arbeitern wurde die Entscheidung gefällt, die Warenlager anzuzünden, was als Aktion der Massen ausgeführt wurde. Wir haben dann einen der Direktoren der Fabrik vor die Warenlager geführt und dann vor seine Verantwortlichen. Die Direktion hat nachgegeben."

Zum Angriff auf Polizeibeamte sagt Mendizabal: „In Argentinien wird die Polizei vom Volk gehaßt. Die Polizeibeamten sind ständig in den Wohnvierteln des Volks und verüben ständig Brutalitäten und Schikanen. Sie sind es, die am Morgen des Staatsstreichs uns die größten Probleme gemacht haben. Sie kennen die politisch Aktiven in jedem Stadtviertel; sie wußten, wo die alten peronistischen Militanten wohnten. So haben sie in der darauffolgenden Verhaftungswelle eine entscheidende Rolle gespielt. Dagegen mußten sich Gegenangriffe richten, und wir haben hart zugeschlagen. Die Wirkung war positiv: die Polizeiunterdrückung ging zurück, eine wahre Kündigungswelle breitete sich im Polizeikorps aus. Das Ergebnis war, daß die Armee gezwungen war, ... sich auf das Volk zu stürzen, nachdem sie sich lieber die Aufgabe der ‚selektiven Repression' vorbehalten hätte, d.h. der Vernichtung der Stadtguerilla."

Mendizabal geht dann auf die Formen der „Gegenoffensive des Volkes" ein: „Stück für Stück beginnt sich die Angriffsfähigkeit des Feindes zu erschöpfen, so wie die Gegenoffensive der Massen sich ausbreitete. In dem Maße, wie die Arbeiter sich in jeder Fabrik schlugen, verlangten die militärischen Ziele, daß wir dort anwesend sind. Auf diese Weise haben 600 Operationen der bewaffneten Unterstützung von lokalen Konflikten in einem Jahr stattgefunden. Von dem Augenblick an, wo die Kraft der Massen sich konzentriert, müssen wir zu anderen militärischen Objekten übergehen, unter Berücksichtigung der neuen Situation. Wir müssen dazu unsere militärischen Kräfte konzentrieren, unsere Feuerkraft in der Form verstärken, daß wir den Offensivstoß der Massen begleiten können. ... Niemand kann vorhersagen, was das Ergebnis (dieser Offensive) sein wird, möglicherweise gehen wir in Richtung einer Lösung durch eine Wahl

wie 1973. Wir werden jedenfalls unbeirrt voranschreiten. Wenn sich eine Aufstandsperspektive ankündigt — aber wir untersagen es uns, uns von ausländischen Modellen inspirieren zu lassen, — wird die Montonero-Armee die militärische Führung der Massen übernehmen. Aber in diesem Fall wird es notwendigerweise eine Spaltung im Schoß der feindlichen bewaffneten Kräfte geben. In jedem Fall wird unser Ziel nicht die Zerstörung der argentinischen Armee sein. — Angenommen, Wahlen würden stattfinden, würden wir nicht die Waffen niederlegen, wie wir das 1973-74 gemacht haben. Jedes Mal, wenn dem Volk die Möglichkeiten, sich politisch auszudrücken, genommen werden, werden wir auf die Waffen zurückgreifen. Wenn diese Möglichkeiten bestehen, werden wir sie schweigen lassen."

Mendizabal geht dann auf die Bündniskonzeption der Montoneros im Kampf gegen die Militärdiktatur ein: „Die Arbeiterklasse muß sich mit anderen Schichten verbünden, die das bilden, was wir das ‚Lager des Volkes' nennen: das Kleinbürgertum, die Kleinhändler, und die Kleinbauern. Das stammt historisch von einer politischen Organisation, der peronistischen Bewegung, die die Interessen des ‚Lager des Volkes' als Ganzes ausdrückt, während die revolutionäre Partei (die Montonero-Partei) diejenigen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt. Aber in dieser Stunde könnte das ‚Lager des Volkes' die Macht nicht mehr allein ergreifen. Die Bündnisse müssen also erweitert werden. Ohne seine führende Rolle aufzugeben, muß es sich auf die Führungen der nationalen Unternehmen ausdehnen, auf das nationale Kapital, um das zu bilden, was General Peron das ‚Lager der Nation' nannte, und was die Gesamtheit der antiimperialistischen Kräfte der argentinischen Gesellschaft umfaßt. Der Prozeß der Bildung dieser Allianzen ist das, was wir die Bildung der Front der nationalen Befreiung nennen."



Für das Selbstverständnis der Mononeros und ihr Verhältnis zu anderen Guerillagruppen ist eine Aussage sehr wichtig, die Juan Gelman, Dichter und Mitglied des obersten Rates der Montoneros, gegenüber 'afrique asie' (Nr. 164 vom 26. Juni) unmittelbar nach der Weltmeisterschaft gemacht hatte:

„Die argentinische Militärjunta hat ei n gefälschtes Kommunique herausgegeben, in dem unterstellt wurde, die Montoneros seien mit den italienischen Roten Brigaden solidarisch. Das streiten wir energisch ab. Wir verurteilen die Ermordung Aldo Moros und drücken unsere Solidarität mit den demokratischen Kräften in Italien aus. In Italien gibt es weite Möglichkeiten demokratischer Betätigung, und Moro stand keineswegs an der Spitze einer Militärdiktatur. In Argentinien ist die Situation ganz anders: Bei uns wird keine Form politischer Betätigung toleriert...

Videla ist an der Spitze der schlimmsten Diktatur in der bisherigen Geschichte Argentiniens, einer der blutigsten des ganzen Kontinents. Was tun?
Die Hände in den Schoss legen? Abwarten?
Aber worauf warten?
Habt ihr je ein Schaf gesehen, das mit Erfolg um sein Leben geblökt hat? "

Afrique Asie erscheint übrigens alle zwei Wochen in Paris, 10, Rue Auber, 75000 Paris, Tel.: 742-9072 und kostet drei Mark fünfzig pro Ausgabe.

GRÜNE LISTE HESSEN: „AKW BIBLIS MUSS STILLGELEGT WERDEN !"

FRANKFURT, 7. September *vom Presseausschuß der Grünen Liste Hessen (GLH) veröffentlichen wir Auszüge einer Presseerklärung:*

"Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit mußte der Block B des AKW Biblis am Sonntag, den 3.9., erneut abgeschaltet werden. Die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke beschränken sich auf die karge Mitteilung, ein Dampfleck im Kühlsystem sei aufgetreten. Erst vor kurzem war Block B nach offiziellen Angaben "wegen Inspektion und Brennelementenwechsels" stillgelegt worden. Block A fiel wegen eines Kurzschlusses am Generatorsystem aus; außerdem waren Risse in der Reaktorkuppel von Block A festgestellt worden.

Gemeinsam mit Bürgerinitiativen hat die GLH zu einem Treffen am 10.9., 12 Uhr, in den Räumen der KHG Darmstadt, Niederramstädterstr. 30, eingeladen, auf dem über eine Demonstration in Biblis noch vor den Wahlen beraten werden soll.

Presseausschuß der GLH, Eva Groepler, Tel. Ffm 59 11 22



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

3842 W 3

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 52 52 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten.
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

An alle Postöffner in den deutschen Knästen! Sollte auch dieser ID, wie es so oft geschieht, dem Gefangenen nicht ausgehändigt werden, so möchten wir den ID mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück haben. Aber: aushändigen ist besser – gell?

Die Versandgruppe des Frankfurter Informationsdienstes (siehe Bild) hat eine wichtige Mitteilung über die Bezugsbedingungen der o. g. Zeitung zu machen; hier ist sie:

Der wöchentlich erscheinende Informationsdienst **ID** ist auch im Abonnement erhältlich.
Zu bestellen ist er bei der folgenden Adresse:

Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt 90

Allerdings bitten wir für ein Abonnement um Vorauskasse von 18.- für 12 Hefte= ein Vierteljahr. Entsprechend kosten 24 Hefte 36.- und so weiter ...
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf unser Postscheckkonto

Nr. 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt
BLZ: 500 100 60

Bei einer Neubestellung bitte das Stichwort 'Neuabo' angeben. Ansonsten die Stichworte 'Verängerung' oder Adresswechsel' anführen. Die Abonummer, die auch sinnvoll anzugeben ist, findet sich auf der Adressetikette links oben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit,
die ID-Versandgruppe (siehe Bild).

